

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 15
36. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
14. April 1928

Gründet wöchentlich am Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Rafter, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köhlnischen Park 2. Fernruf: Amt Sahnwitz 6246.

Geschäftsanzeigen kosten die sechsgeheilene Millimeterzeile oder deren Raum 1,20 Mark. Arbeiterbeihilfen 50 Pfennig. Verbandsanzeigen kosten 30 Pfennig die Millimeterzeile.

Tagung des Verbandsbeirats

Die Hauptaufgabe des Verbandes ist die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die Schaffung der besten Lebensmöglichkeiten für seine Mitglieder. Um die Kampfkraft der Kollegen und Kolleginnen zu stärken, hat der Verband ein gut ausgebautes Unterstützungswesen. An erster Stelle steht die Streckunterstützung. Aber ihre Zweckmäßigkeit hat es nie einer Streck gegeben, im Gegenteil, sie wurde früher als die allein notwendige und mögliche Unterstützung des Verbandes bezeichnet. Anders wurden die sozialen Unterstützungen beurteilt. Ihnen wurde nachgefragt, das sie nicht nur überflüssig, sondern auch gefährlich seien, denn sie verwischten den Kampfscharakter der Organisation. Diese Befürchtungen haben sich als grundlos erwiesen. Auch die sozialen Unterstützungen sind ein Kampfmittel im besten Sinne des Wortes. Darüber hinaus besitzen sie eine große Werbetaufklärung. Wenn der Arbeiter weiß, daß er in allen Notlagen auf eine Unterstützung rechnen kann, ist er leichter geneigt, dem Verbande beizutreten. Um ihn dauernd an die Organisation zu fesseln, sind einige Gewerkschaften schon vor Jahren dazu übergegangen, zu den heutigen sozialen Unterstützungen noch eine neue zu schaffen, die Invalidenunterstützung. Andere Verbände beschäftigen sich jetzt mit ihrer Einführung, zu diesen gehört auch unser Verband.

Nachdem die früheren Verbandstage die Anträge auf Einführung einer Invalidenunterstützung aus verschiedenen Erwägungen heraus abgelehnt hatten, beauftragte der Stuttgarter Verbandstag 1925 den Verbandsvorstand, dem nächsten Verbandstage eine Vorlage für eine Invalidenunterstützung zu unterbreiten. Die zahlreichen Anträge, die dem Frankfurter Verbandstage 1927 zu dieser Frage vorlagen, ließen erkennen, daß in den Kreisen der Mitglieder der Wunsch nach Einführung einer Invalidenunterstützung immer mehr Boden gewonnen hatte. Dieser Tatsache konnte sich auch der Verbandsvorstand nicht verschließen, und er trat deshalb auf dem Frankfurter Verbandstage grundsätzlich für die Invalidenunterstützung ein. Der Verbandstag kam aber noch zu keiner endgültigen Entscheidung, sondern beschloß nur Vorarbeiten für die Einführung einer Invalidenunterstützung. Der Verbandsvorstand bekam den Auftrag, in Gemeinschaft mit dem Verbandsbeirat und der Vorberatungskommission des Verbandstages eine neue Vorlage auszuarbeiten und über diese die Mitglieder durch eine Abstimmung entscheiden zu lassen.

Der Verbandsvorstand hat sich bei der Ausarbeitung der neuen Vorlage nicht streng an die Leitlinie des Frankfurter Verbandstages gehalten. Nach den Leitlinien darf die Invalidenunterstützung nur mit einer entsprechenden Erhöhung des Hauptlohnbeitrages eingeführt werden, und die Beitragszuschläge sollen gestaffelt sein nach der Verdienst- und Beitragshöhe. Die Unterstützungssätze sollen im Verhältnis der geleisteten Beitragszuschläge bemessen werden. Die Vorstands-Vorlage der Invalidenunterstützung lautet:

1. Die Mittel für die Invalidenunterstützung müssen durch besondere Beiträge aufgebracht werden, und zwar in Form eines Beitragszuschlages zum Hauptlohnbeitrag.

2. Entsprechend der Zahl und der Höhe der geleisteten Beitragszuschläge steigt auch der Unterstützungssatz.

3. Die heute schon vorhandenen, und in den nächsten Jahren hinzutretenden Invaliden mit längerer Mitgliedschaftsdauer erhalten alsbald nach Austritt aus der Invalidenunterstützung einen Unterstützungssatz

spruch, gestaffelt nach Zahl und Höhe der bisher geleisteten Verbandsbeiträge.

Der Verbandsbeirat und die Vorberatungskommission, die in einer Sitzung am 30. März in Dresden zu der Vorlage Stellungnahmen, billigten einstimmig diese Grundsätze.

Die Invalidenunterstützung setzt sich zusammen aus einem Grundbetrag und einem Steigerungsbetrag. Der Grundbetrag ist abgestuft nach der Zahl und der Höhe der geleisteten Beiträge und liefert jedem Mitgliede eine Mindesthöhe der Unterstützung. Der Steigerungsbetrag richtet sich nach der Zahl und der Höhe der Beitragszuschläge. Diese Regelung entspricht der in der staatlichen Versicherung üblichen und ist gerechter als die vom Frankfurter Verbandstage vorgeschlagene. Durch den Steigerungsbetrag findet jede Beitragserhöhung bei der Berechnung der Unterstützung sofort und in vollem Umfang Berücksichtigung. Dieser Vorschlag des Verbandsvorstandes fand daher auch die einstimmige Zustimmung des Verbandsbeirats und der Vorberatungskommission.

Über die Höhe der Unterstützung wurde sehr eingehend beraten. Den Vorstandsvorschlägen wurde im allgemeinen zugestimmt, doch sollen die Grundbeiträge auf ihre Durchführbarkeit noch einmal nachgeprüft werden. Werden die Unterstützungssätze von vornherein zu hoch bemessen, so besteht die Gefahr, daß sie später abgebaut werden müssen. Das würden die Mitglieder nicht verzeihen. Daher ist es richtiger, mit bescheidenen Sätzen anzufangen, wenn sich später die Möglichkeit ihrer Erhöhung ergibt, so ist jeder Verbandstag dazu in der Lage.

Der Verbandsvorstand wurde schließlich beauftragt, nunmehr die endgültige Vorlage auszuarbeiten und diese zur Urabstimmung zu stellen. Nach dem Verbandsstagsbeschluss sollte die Urabstimmung im Frühjahr 1928 stattfinden. Der Verbandsbeirat ist jedoch der Meinung, daß sie während des Reichstagswahlkampfes nicht gut vorgenommen werden kann. Die Urabstimmung findet voraussichtlich im Monat Juli statt. Wenn die Mitglieder die Vorlage annehmen, werden die Beitragszuschläge vom 1. Oktober an erhoben, und die Auszahlung der Invalidenunterstützung erfolgt erstmalig für den Monat April 1929.

Nach der Erledigung der Vorlage über die Invalidenunterstützung nahm der Verbandsbeirat noch einen Bericht des Kollegen Jahn über die neuen Bundesschulen des DGB entgegen. Der Verbandsvorstand plant die Errichtung von zwei gewerkschaftlichen Schulen, die eine hat ihren Sitz im Westen Deutschlands, die andere in der Nähe Berlins. Die Schulen erhalten die Form eines Internats. Es sollen vierwöchentliche für die in der Praxis stehenden Gewerkschaftsfunktionäre und für Betriebsräte stattfinden. Hauptunterrichtsfächer sind Arbeitsrecht, Sozialpolitik, Staats- und bürgerliches Recht. Der Unterricht wird von hauptamtlichen Lehrern erteilt. Daneben sind Vorträge der beteiligten Gewerkschaften nötig, die über innere Verbandsfragen unterrichten. Die Verwaltung der Schulen erfolgt durch den Verbandsvorstand. Die Kosten werden auf die einzelnen Verbände entsprechend der Zahl ihrer Schüler umgelegt.

Von den Verbänden hat sich die große Mehrheit mit etwa zwei Dritteln der Gewerkschaftsmitglieder für die Errichtung der Bundesschulen ausgesprochen. Die Zahl der angeworbenen Schüler ist so groß, daß Doppelkurse eingerichtet werden müssen. Unser Verband entwerft jährlich 30 Schüler. Wenn die Zeit gekommen ist, werden die Mitglieder zur Bewerbung aufgefordert

werden. Die Ausschreibung der Schülerstellen erfolgt wie bisher in der „Holzarbeiter-Zeitung“.

Unser Verband begrüßt die Errichtung von Bundes-schulen. Wir haben schon immer die Ansicht vertreten, daß auf dem Gebiete des Bildungswezens die Zentralisation und die Vereinheitlichung ein dringendes Erfordernis sind. Der heutige Zustand, wo die einzelnen Verbände Kurse abhalten und eigene Schulen errichten, bedeutet Zerstückelung der Kräfte und Vergeudung von Mitteln. Wie auf allen Gebieten, läßt sich auch auf dem des Bildungswezens nur Großes erreichen durch das Zusammenarbeiten aller Gewerkschaften.

Weiter beschäftigte sich die Beiratsitzung mit der amtlichen Lohnstatistik im Holzgewerbe. Der Bericht über die Vorschläge der Reformkommission des DGB für die Vereinheitlichung und Vereinfachung der Verbandseinrichtungen wurde wegen Zeitmangels auf die nächste Sitzung des Beirats vertagt.

Reichstagsauflösung — Neuwahl.

Am 31. März ist der Reichstag aufgelöst worden. Das war keine Überraschung, denn der Termin der Auflösung stand, wenigstens annähernd, schon seit einiger Zeit fest. Trotzdem hat das arbeitende Volk die Nachricht von dem Ende dieses Reichstages mit einem erleichternden Aufatmen begrüßt. Die normale Lebensdauer des Reichstages wäre eigentlich erst im Dezember dieses Jahres abgelaufen gewesen. Er war aber schon lange sterbenskrank. Wäre er zu Ende des Jahres 1926, als er sich in einer schweren Krise befand, selig entschlafen, dann hätte ihm die werktätige Bevölkerung keine Träne nachgeweint. Daraus erwies sich der Reichspräsident Hindenburg als Retter — der deutschen nationalen Herrlichkeit. Er applizierte der kranken Volksvertretung eine Kampferinsprizung, die dem sterbensmüden Parlament eine Lebensverlängerung brachte, aber seinen vorzeitigen Tod nicht hindern konnte.

Den Toten soll man nichts Schlechtes nachsagen, heißt es in einem alten Sprichwort. Auf den toten Reichstag kann man es aber beim besten Willen nicht anwenden. Es hält schwer, auch nur eine gute Seite an ihm zu entdecken. Am 7. Dezember 1924 wurde er gewählt, nachdem der unter der frischen Einwirkung der schrecklichen Inflationszeit im Mai 1924 gewählte Reichstag sich als lebensunfähig erwiesen hatte. Herr Luther, der heute so fest an dem einträglichen Sitz eines Verwaltungsrates der Reichsbahn klebt, den er zu Unrecht ergattert hat, bildete damals eine Regierung unter starker Beteiligung der Deutschnationalen, die mit 11 Mandaten die stärkste bürgerliche Partei im Reichstag waren.

Diese Rechtsregierung trieb eine Zoll- und Steuerpolitik, die für die deutschnationalen Agrarier sehr einträglich war, dem deutschen Volke aber schwere Lasten auferlegte. Solange die Deutschnationalen in der Opposition standen, hatten sie das Blaue vom Himmel versprochen, insbesondere den bürgerlichen Schichten, die durch die Inflation um ihr Vermögen gekommen waren. Zur Macht gekommen, vergaßen sie ihre Versprechungen. Die betrogenen Sparrer und Spottbettelgänger hatten das Nachsehen. Nach dem Abschluß der Locarno-Verträge zogen die Deutschnationalen ihre Minister aus der Regierung zurück. Herr Luther bildete eine Minderheitsregierung, die bis zum Mai 1926 hielt. Dann stürzte sie über den Flaggenerlaß. Sie wurde abgelöst von einer Minderheitsregierung unter der Leitung des Zentrumsmannes Marx, der im Jahre zuvor bei der Wahl des Reichspräsidenten gegen Hindenburg unterlegen war.

Die Sozialdemokraten waren in dieser Regierung ebenfalls wenig wie in den vorangegangenen vertreten. Aber dank der Unterstützung, die sie insbesondere in der Außenpolitik der Regierung liehen, konnten die Wirkungen der Locarno-Verträge in Erscheinung treten. Das Ruhrgebiet wurde gerettet, aus der Kölner Zone, wo die Besatzung abgeblieben, dann Verhandlungen zwischen dem Reichspräsidenten und den Sozialdemokraten hat zu dem Zweck, die beiden Parteien zu vereinigen. Das war die Aufgabe der Volkspartei, Dr. Scholz nicht. Durch sein Eingreifen wurden die Verhandlungen zerstreut. Die Folge war der Sturz des Kabinetts Marx im Dezember 1926. Wodurch wurde über die Reibildung einer Regierung verhandelt. Schließlich

beauftragte der Reichspräsident Hindenburg durch ein Schreiben vom 20. Januar 1927 Herrn Marx mit der Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit der bürgerlichen Parteien. Das war die Geburtsstunde des Bürgerblocks.

Als für die Reichstagswahl im Jahre 1907 die damaligen Konservativen mit den Freisinnigen, den heutigen Demokraten, ein Wahlbündnis schlossen, nannte das ein wichtiger Abgeordneter die Forderung von Karpfen und Raminchen. Was so paradox war das neue Bündnis zwischen Deutschnationalen und Zentrum nicht, denn das deutsche Volk hatte schon von früher her den schwarz-blauen Block in schmerzlicher Erinnerung. Man weiß wohl, daß im Zentrum die verschiedenartigen sozialen Schichten vertreten sind, aber seit der Errichtung der Republik hatte sich die Partei als Ganzes demokratisch gegeben. Sie hatte mit den Sozialdemokraten und Demokraten die Weimarer Verfassung geschaffen und sich als deren Beschützer aufgestellt. Das kam auf Befehl des Feldmarschalls Hindenburg rechts einzuweichen, in eine Regierung einzutreten, in welcher die arminischen Feinde der Republik den maßgebenden Einfluß ausübten, war ein Beweis dafür, daß im Zentrum die rechtsgerichteten Mächte den maßgebenden Einfluß gewonnen und den demokratischen Flügel zurückgedrängt hatten.

Die feinste Nummer in dem neuen Kabinett war der Innenminister von Reudell. Dieser Junter hatte sich aktiv an Rapp-Butsch beteiligt. Herr Marx nahm ihn trotzdem in sein Ministerium, und er fand den Mut, die Rebellion des Junters Reudell gegen die Republik öffentlich zu verteidigen. In der Bürgerblockregierung hatten die Deutschnationalen mit vier Ministern den maßgebenden Einfluß. Nun sahen sie an der Junterkrippe, und sie nutzten die Gelegenheit aus, nicht nur zur Befriedigung ihrer politischen Wünsche, sondern auch zum persönlichen Vorteil ihrer Sippe. In skandalöser Weise wurden bewährte Beamte ihrer republikanischen Gesinnung wegen gemahregelt und dafür Söhne und Vettern einflußreicher deutschnationaler Politiker in hohe Stellungen befördert.

Der eigentliche Zweck des Bürgerblocks war ein Schachergeschäft. Das Zentrum sollte den Deutschnationalen helfen, deren reaktionäre Wirtschaftspolitik zu fördern, als Gegenleistung verlangte das Zentrum die Vertikalisierung der Schule. Die Deutschnationalen haben ihren Zweck erreicht. Nicht nur mit ihrer Personalpolitik, sondern auch mit der Vertierung der Lebenshaltung der breiten Massen, Liebesgaben für die Agrarier, Verhinderung des Zustandekommens wichtiger Handelsverträge, Sicherung der Inflationsgewinne, Enteignung der Spärer und der Hypothekengläubiger, kurzum eine Politik zum Vorteil der Reichen und zum Schaden für die breite Volksmasse. Das ist deutsch-nationale Politik, bei der das Zentrum treue Hilfsleistung geleistet hat. Das kluge Zentrum aber ist um seinen Lohn geprellt worden. Das skandalöse Schulgesetz, das, dem Geist und Wortlaut der Reichsverfassung zuwider, die Volksschule der Kirche ausliefern und zur höheren Ehre der Kirche die Volksbildung herabdrücken wollte, ist nicht zustande gekommen. Darüber ist der Bürgerblock zerbrochen, und der Reichstag mußte aufgelöst werden.

Am 26. Mai wird ein neuer Reichstag gewählt. Dem Ausfall dieser Wahl hängt vieles ab. Wir haben ein demokratisches Wahlrecht, und der Reichstag ist der Ausdruck des Volkswillens. Das Jahr Bürgerblock hat uns einen gründlichen Anschauungsunterricht gegeben von den Folgen einer Wahl, die den Feinden des werktätigen Volkes zum Siege verhilft. Wir sehen dem 26. Mai hoffnungsvoll entgegen, möge er zu einem Ehrentag werden für die Republik und die Republikaner.

Soziales Personenrecht.

Von Heinz Rothhoff

Unter Rechtsverständnis bezieht im allgemeinen auf der Rechtsfähigkeit und der Vertragsfreiheit jedes einzelnen Bürgers. Die vollständige Vertretung des Menschen infolge der Französischen Revolution sollte auch die Arbeiter erstreben und sollte das Arbeitsverhältnis von der ihm damals anhaftenden Unfreiheit befreien. Der Arbeiter wurde dem Unternehmer rechtlich gleichgestellt. Es sollte in seinem Vertrag sich ihm verbinden und mit ihm die Arbeitsbedingungen vereinbaren.

Die Bestimmungen, die der Arbeiter auf die Gleichberechtigung fest, haben sich nicht erfüllt. Sie konnten sich nicht erfüllen, weil er nur da Menschen aus der Gebundenheit löste, nicht auch die Sachen, die der Mensch zum Leben und Arbeiten gebraucht. Der Besitz von Sachwerten, insbesondere von Grund und Boden, gab einen erheblichen Teil der Macht und machte die Macht der Reichen von der Herrschaft der Besitzenden neu abhängig. Und diese wirtschaftliche Abhängigkeit war in mancher Hinsicht stärker und schlimmer als die rechtliche Abhängigkeit, weil der Unternehmer keine Verantwortung und kein Verantwortungsbewusstsein wahr am Arbeiter hatte, was kein Sklave oder Leibeigener. Die wirtschaftliche Abhängigkeit war die Folge der wirtschaftlichen Herrschaft der rechtlichen Gleichheit. Die Freiheit und die Gleichberechtigung des Arbeiters wurde dadurch das Recht zur Entlohnung und Unterdrückung der Besitzenden. Die Arbeiter sind heute fast ausschließlich in der Industrie nicht anerkannt und die Arbeiterlosigkeit.

Die Sozialpolitik mit den drei großen Gebieten des Schutzes der Familie und der Heranbildung hat weder...

(Privateigentum und Lohnvertrag) wesentlich angegriffen. noch den Rechtscharakter des Arbeitsverhältnisses als einen auf Individualverträge beruhenden Schuldverhältnis beseitigt. So, nach der Ansicht vieler, auch maßgebender Juristen ist das Ziel sowohl des Sozialrechts wie des Kollektivrechts, gerade diesen Rechtscharakter zu vervollständigen. Beides soll die Ungleichheit beseitigen, die infolge der Misswirtschaft zwischen Arbeiter und Unternehmer besteht. Es soll ein Boden gerechten, Ausgleiches hergestellt werden, auf dem dann die Parteien als wirklich Gleiche und Freie die Arbeitsbedingungen vereinbaren können. Endziel ist die Freiheit und Unabhängigkeit des einzelnen Arbeiters. Er soll gewissermaßen zum Unternehmer seiner Arbeitskraft gemacht werden. Wie ein selbständiger Gewerbetreibender seine Ware verkauft, so soll auch der Arbeiter seine Arbeitsleistung liefern, als Gleichstehender auf dem Markt tauschen. Der Arbeitsvertrag, der rechtlich anderen Schuldverträgen gleichsteht, soll ihnen auch tatsächlich gleichgemacht werden. Staatszwang und Tarif-

Rechtslage nicht, ebensowenig die neue Tatsache, daß der Betriebsleiter in der Ausübung seiner „Befehlsgewalt“ nach einzelnen Richtungen durch ein Mitwirkungsrecht der Betriebsvertretung beschränkt ist. Selbst wenn der Betrieb an die Gemeinschaft der Arbeiter überging, würde sich nichts Wesentliches ändern. Die Herrschaft würde dann im Namen der Gemeinschaft von ihrem Beauftragten ausgeübt. Aber fehlen könnte sie nicht, wenn der Betrieb nicht zur Arbeitsunfähigkeit verurteilt sein wollte.

Die Hauptaufgabe des Arbeitsrechts ist daher nicht eine schuldrechtliche, sondern eine verfassungsmäßige. Die Befreiung und Gleichberechtigung des Arbeiters kann nicht in der persönlichen Gleichstellung aller im Betrieb Tätigen bestehen, sondern nur in der Sicherung einer angemessenen Mitwirkung aller an den Entscheidungen, die festgelegt werden können, ohne die Verantwortlichkeit und Leistungsfähigkeit des Betriebsleiters zu beeinträchtigen. Wie im Staat, so darf auch im Betrieb die „Freiheit“, das heißt hier die demokratische Verfassung, nicht zur Vereinhaltung der Ordnung führen. Wie dort, so muß auch hier die Stärkung der Rechte einer engeren Verbundenheit aller im Betrieb Tätigen untereinander und mit dem Ganzen herbeiführen.

Tatsächlich hat stets eine Betriebsverfassung bestanden, wenn auch die Gesetze und Lehrbücher nichts davon enthielten. Diese Verfassung war vor dem Kriege der Absolutismus des Unternehmers, eingegrenzt durch wenige gesetzliche Vorschriften und durch wachsende Gewerkschaftsmacht. Das Betriebsrätegesetz hat an dessen Stelle die Konstitutionelle Betriebsverfassung gesetzt mit den zwei Grundregeln, daß der Leiter an eine Norm gebunden ist und diese Norm mit den Arbeitern vereinbart werden muß. Die Norm ist die Arbeitsordnung, die aber weder allgemein vorgeschrieben noch in ihrer Rechtswirkung klar geregelt ist.

Im Schrifttum herrscht deswegen Streit sowohl über die Rechtsnatur der Betriebsverfassung wie über ihre Verbindlichkeit. Flatau ist der Vorkämpfer des öffentlich-rechtlichen Charakters der Betriebsvertretung, die er als Parlament behandelt, als gesetzgebende Körperschaft, deren Befugnisse genau durch das Gesetz begrenzt sind. Ihm tritt neuerdings namentlich Jakob entgegen mit der Auffassung der Betriebsvereinbarung als eines privatrechtlichen Gebildes. Die Entscheidung dieser Meinungsverschiedenheit ist bei weitem nicht so wichtig wie die klare Erkenntnis des Zieles, zu dem das Arbeitsrecht hinsteuern muß: nicht das individuelle, „freie“ Schuldverhältnis, sondern das freiheitlich geordnete Organisationsverhältnis, nicht individuelles Vermögensrecht, sondern soziales Personenrecht!

Deutsche Justiz.



Republikaner, Pazifist sogar! Schlagt ihn in Ketten, fort mit ihm ins Zuchthaus!
Aber heil dir, edler Traugott v. Jagow! Du hast gegen die Republik geputscht, hast sie schwer geschädigt. Das soll sie dir büßen. Die Republik ist verurteilt, jetzt und immerdar dich und die Deinen standesgemäß zu versorgen.

vertrag sind nur Mittel zum Zweck; der Zweck ist die „freie Obligation“.

Dieses Ziel des „freien Schuldverhältnisses“ geht völlig in die Irre. Denn es verkennet das Wesen des Arbeitsverhältnisses im größeren Betrieb, der die deutsche Wirtschaft beherrscht und auf absehbare Zeit beherrschen wird, der uns die arbeitsrechtlichen Probleme stellt. Das Schuldverhältnis ist nicht Recht und Pflichten nur zwischen den daran Beteiligten. Jeder Vertrag steht selbstständig neben dem andern. Das ist möglich für die Verträge über Lieferung von Rohstoffen und anderen sachlichen Betriebsbedürfnissen. Es ist aber nicht möglich für die Lieferung der Arbeitsleistungen im Betrieb. Denn der Betrieb ist nicht ein Nebeneinander von tausend Einzelarbeitern, nicht eine Summe von selbständiger Einzelleistungen, sondern ein organisch geordnetes Ganzes, bei dem alle Teile voneinander abhängen, einander bedürfen, nur in der Verbindung miteinander Wert haben. Der Betriebsleiter braucht nicht eine Summe von einzelnen Arbeitsleistungen, sondern die Person, die über eine Zahl von Menschen, die er nach den jeweiligen Bedürfnissen des Betriebes beschäftigt, zusammenzufügen, dirigieren kann.

Eine Gleichberechtigung der in einem Betrieb Tätigen im üblichen Sinn kann es nicht geben. Nur beim Abschluß des Vertrags steht der Arbeiter dem Betriebsleiter gleich. Sobald er in die Tätigkeit tritt, erzieht sich ein Verhältnis der Unterordnung. Wie von Oben gegenüber der Unterten Unterordnung steht, hervorgehoben hat, ist das Arbeitsverhältnis im größeren Betrieb notwendig ein „Verhältnisverhältnis“, das der Arbeiter als Person erzieht. Nicht seine Arbeit geht in das Schuldverhältnis ein, sondern der Mensch selbst. Er wird hineingezogen in ein System von Arbeitsteilung und Bindung an Maschine und Arbeitsgang, das ihn zum Werkzeug des fremden leitenden Willens macht. Er wird Glied einer disziplinierten, kommandierten Arbeitsgemeinschaft, deren Gesetzen er unterworfen ist und unterworfen sein muß.

Daß die Arbeitszeit gesetzlich und vertraglich beschränkt ist und der Arbeiter nur diejenige Arbeit zu leisten hat, zu der er sich im Vertrag verpflichtet hat, ändert an dieser

Holzarbeiter und Holzindustrie in Rußland.

Mitte März tagte im Moskauer Gewerkschaftshaus die 8. Generalversammlung des Russischen Holzarbeiter-Bandes. Da dieser Verband ein Industrieband ist, umfaßt er auch alle Arbeiter, die irgendwie das Holz verarbeiten. Die Zahl der Mitglieder beträgt 176 600 und ist seit der letzten Generalversammlung vor zwei Jahren um 33 000 oder 23 Prozent gestiegen. Die Sektion der Ingenieure und Techniker zählt etwa 1500 Mitglieder. Anwesend waren etwa 200 Delegierte sowie Vertreter der „revolutionären“ Holzarbeiterverbände Deutschlands, Englands, Frankreichs, Norwegens, Schwedens, Finnlands, Argentiniens, der Schweiz und der Tschechoslowakei.

Nach den Berichten des Zentralkomitees (Hauptvorstandes) und der Delegierten befand sich die Holzindustrie in der letzten zweijährigen Periode in einer stetigen Entwicklung nicht nur bezüglich der Produktion, sondern auch bezüglich des Auf- und Ausbaues. Für letztere Zwecke wurden bereitgestellt: 10 Millionen Rubel im Jahre 1925, 17 1/2 Millionen Rubel im Jahre 1926, 30 Millionen Rubel im Jahre 1927. Neu errichtet wurden 28 Möbelfabriken und Sägewerke mit einer jährlichen Produktion im Werte von 25 Millionen Rubel. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 1928 bis 1932 sieht 175 Millionen Rubel für neue Fabriken und technische Einrichtungen vor. Der Wert der Produktion betrug letztjährig 454 Millionen Rubel. Für das laufende Geschäftsjahr sind 523 Millionen Rubel oder 15,2 Prozent mehr veranschlagt worden. Die Sägewerke steigerten ihre Produktion von 142 Millionen Kubikfuß im Jahre 1925 auf 263 Millionen Kubikfuß im Jahre 1927, oder um 85,7 Prozent, die Möbelfabriken um 128,6 Prozent, die Furnierwerkstätten um 77,0 Prozent. Gleichzeitig stieg auch die Leistung des einzelnen Arbeiters, und zwar um 20 Prozent in den Sägewerken, um 50 Prozent in den Möbelfabriken, um 53 Prozent in den Furnierwerkstätten. (Alle diese Angaben sind, wie das bei den Kommunisten üblich ist, stark übertrieben; wir veröffentlichen sie, weil sie das Kernstück des Verbandsjahresberichtes sind.) Die Leistungssteigerung ist vor allem die Frucht der verbesserten Arbeitsweise, der technischen Verbesserung und teilweise auch des amerikanischen Fließbandsystems. Letzteres findet in allen Industrien immer breitere Anwendung. Somit wird auch die Arbeitstrait des russischen Arbeiters fortschreitend mechanisiert und bis zur letzten Möglichkeit angepannt. Dieses System wollen jedoch die russischen Gewerkschaftsführer, wie z. B. Tomski, nicht als Fortschritt genaugenommen wissen, denn sie wollen dafür sorgen, daß der Arbeiter nicht zur leeren Maschine wird. Wie sie das machen, muß erst abgewartet werden.

Die Preise für Erzeugnisse aus Holz sind noch übertrieben hoch, so daß die niedrigentlohnende Masse der Bevölkerung sie nicht erschwingen kann und auf Neuanhaltungen verzichten muß. Die Politik der Preisdeckelung seitens bislang unbefriedigende Ergebnisse, sie muß deshalb

bedeutend verstärkt werden. Nicht nur die Möbelfabrikation, sondern auch der Möbelhandel rückt noch zu überwiegender Teilen in den Händen der privaten Handwerker und Unternehmer. Die staatliche Industrie soll danach trachten, diese Art des Holzgewerbes unter eigene Führung zu bringen. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, viel mehr Arbeiter sachlich auszubilden, tüchtige Spezialisten heranzuziehen und die ganze Holzwirtschaft durchgreifend zu reorganisieren. Nur dann wird es möglich sein, die riesigen Waldbestände imbringend für Volk und Staat zu verwerten.

Die Delegierten führten eine Reihe von Mißständen als Beispiele an, wie planlos manche Verwaltungen arbeiten und wie mangelhaft die Nutzung von Rohstoffen stellenweise ist. Hier muß unbedingt für Besserung gesorgt werden, desgleichen auf dem Lohngebiet, denn mit einem Monatslohn von durchschnittlich 52 Rubel kann bei der herrschenden Teuerung kein Arbeiter auskommen. Auch die Wohnungsfrage muß einer schnelleren Lösung entgegengeführt werden. Der Mangel an Wohnungen für die beschäftigten Holzarbeiter ist unerträglich. Auf einen Arbeiter entfällt eine Wohnfläche von nur 1 1/2 Quadratmeter. Trotz der für Millionen in den letzten drei Jahren ausgegebenen 7,4 Millionen Rubel ist der Mangel an Wohnungsmangel kaum merkbar geworden.

Die ausländischen Delegierten waren so höflich, den versammelten Gastgebern Souja um den Bart zu schmeißen. Einer nach dem andern lang das Lied vom Wachstum der kommunistischen Einheitsfront in allen Ländern, vom Verbot der Reformisten und vom Rückgang der Amsterdamer Internationale. Die Führer der Amsterdamer Holzarbeiterinternationale, so sagte Kobanow, der Vorsitzende des russischen Holzarbeiterverbandes, wollen uns nur unter der Bedingung aufnehmen, daß wir aus der roten Gewerkschaftsinternationale austreten. Dieses absurde Verlangen hat unser Zentralkomitee natürlich ein für allemal abgelehnt. Gegen den Willen der Amsterdamer Führung ist in allen Ländern die Erscheinung zu beobachten, daß immer breitere Massen der Holzarbeiter mit ihren sowjetrussischen Brüdern sympathisieren. Die Beziehungen unseres Zentralkomitees zu den Holzarbeiterverbänden in England, Frankreich, Deutschland, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Finnland und anderen Ländern wachsen unaußersichtlich. Der Franzose Kahn verzichtet auf jede Verhandlung mit den Amsterdamer. Nach seiner Meinung kann man nur dauernden Erfolg erzielen, wenn man unmittelbar mit den Massen Beziehungen aufnimmt. Als Vertreter irgendeines „revolutionären“ Verbandes in Deutschland stellte sich jemand mit dem bekannten Namen Schmidt vor. Er entleidete, heißt es in dem Bericht, die reformistischen Führer, welche die kapitalistische Nationalisierung der Betriebe unterstützen — die Nationalisierung, welche zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, zum Lohnrückgang, zur Erhöhung der Leistung führt. Unter den sozialdemokratischen Arbeitern wächst die Unzufriedenheit mit dieser Politik der Amsterdamer, infolgedessen gewinnt auch die revolutionäre Minorität immer mehr Anhänger.

Also sprach Herr Schmidt aus Deutschland in Moskau. Und er erntete reichen Beifall, denn er hat die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt. **Ritter Kallinowski**

Organisierte Wirtschaftskraft erzeugt Finanzkraft.

Die Bilanzzahlen der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für das Jahr 1927 beleuchten in ganz interessanter Weise die Bedeutung der Wirtschaftskraft der genossenschaftlich organisierten Verbraucher. Sie steht in nahezu 4 Millionen Familien den kapitalistischen Konzernen gegenüber, die mit 13,2 Milliarden Mark nahezu zwei Drittel des gesamten deutschen Aktienkapitals erheben und in ihrem Profitstreben zu einer drohenden Gefahr für die deutsche Volkswirtschaft geworden sind.

Um eine anschauliche Vorstellung von der Bedeutung der konsumgenossenschaftlich organisierten Wirtschaftskraft zu gewinnen, braucht man nur die Mitgliederzahl der Konsumvereine des genannten Zentralverbandes, ihr eigenes Wirtschaftskapital, den Warenumsatz und das finanzielle Ergebnis, d. h. die direkte Nutzung für die Mitglieder im Verhältnis zum Geschäftskapital, zur Veranschaulichung heranzuziehen.

Die Mitgliederzahl der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes betrug am Ende des Jahres 1927 auf 2.909.969 Familien, nachdem rund 150.000 ausgeschlossen worden waren, weil sie mit Bezug auf die Warenentnahme in den eigenen Verteilungstellen nicht den gehaltenen Grunddaten entsprachen. Diese 2.909.969 Familien hatten im Geschäftsjahre 1926/27 für 881,1 Millionen Mark Waren bezogen (im Kalenderjahr 1927 für 982,2 Millionen Mark), wofür ihnen eine Rückvergütung von 29,7 Millionen Mark zugute kam. Außerdem wurde noch ein überhöhter Gewinn von 10,9 Millionen Mark erzielt, so daß also das direkte finanzielle Ergebnis für die Mitglieder aus dem Warenumsatz 10,6 Millionen Mark beträgt.

Wenn man nun beachtet, daß das Gesamtkapital der Mitglieder nur 30,4 Millionen Mark betrug, so ergibt sich als gewiß bemerkenswerte Tatsache, daß dieses Geschäftskapital in einem Jahre vollständig neu herausgewirtschaftet wurde und noch 1,2 Millionen Mark dazu, es hat sich um mehr als 100 Prozent vermehrt. Die Wirtschaftskraft der konsumgenossenschaftlich organisierten Verbraucher konzentriert sich in einem Maße, wie es in der kapitalistischen Unternehmung kaum denkbar ist.

Gewiß bedeuten die 10,6 Millionen Mark Gewinnbeitrag auch nur 5 Prozent des Warenumsatzes, aber zum ersten

mal bewertet jede privatwirtschaftliche Unternehmung ihren finanziellen Erfolg stets nur im Verhältnis zum vorhandenen Betriebskapital, und zum zweiten sind die genossenschaftlich organisierten Verbraucher in der Lage, ihren Umsatz im eigenen Unternehmen so zu steigern, daß es mindestens den dreifachen Ertrag zu erzielen in der Lage ist. Und zwar ohne irgendwelche Erhöhung des Betriebskapitals. Betrug doch der Durchschnitt des Warenumsatzes pro Mitglied nur 302 Mk. (im Kalenderjahr 1926/27), während er bei den schweizerischen Konsumvereinen mit 1000 Mk. bei den englischen mit 2000 Mk. verzeichnet ist.

Eine Verdreifachung des Umsatzes würde sich aber nicht mit einer gleichen Multiplikation beim Ertragsbeitrag zeigen (also statt 10,6 Millionen Mark 121,8 Millionen Mark), sondern das Erträgnis würde progressiv wachsen und etwa fünfmal 10,6 Millionen Mark, also 53,0 Millionen



Vor der Wahl!

*Jetzt, deutscher Arbeitermann, jetzt bist du dran,
 Jetzt zeige deine Kraft und trete an!
 Fort mit dem morschen Baum des Bürgerblods!
 Fort Überheblichkeit des bunten Kodes!
 Und Schnoddrigheit des alten Generals!
 Fort freche Übermacht des Kapitals!
 Fort Schulgeses, das deine Kinder zwingt,
 Fort Ackerbau, das wahres Recht verfassungst!
 Fort Halentanz, das mit dem Knüppel prahlt!
 Fort Junkerschaft, die keine Steuern zahlt!
 Und schimpflich auf den Lohn der Arbeit drückt!
 Folgst du dem Ruf, so ist der Kampf gesüdt.
 Dem Bürgerblod soll Wahltag Jahrtag sein.
 Jetzt nimm die Axt! Der morsche Baum stürzt ein!
 Jetzt zeige deine Kraft und trete an!
 Jetzt, deutscher Arbeitermann, jetzt bist du dran!*

Heinrich Duderstadt.

Mark ergeben, weil durch den steigenden Umsatz die Ankosten andauernd gesenkt werden. Die gesammelte Wirtschaftskraft der genossenschaftlich organisierten Verbraucher enthält sehr starke ökonomische Elemente, die durch kapitalistische Potenzen auch in der Höhe von Milliarden nicht übertroufen werden können.

Worans sich ergibt, daß Wirtschaftskraft für die Ökonomie eines Volkes entscheidender ist als Finanzkraft, und daß deshalb die Steigerung der Kaufkraft der Verbraucher wichtiger ist als das Kapital selbst. Aber diese Wirtschaftskraft der Verbraucher muß aktiv sein durch konzentrierten Umsatz in der konsumgenossenschaftlichen Warenverteilung. H.

Eugenik.

Das Wort Eugenik stammt aus dem Griechischen. Es wird gewöhnlich mit „Rassenhygiene“ überlegt. Die Eugenik ist eine verhältnismäßig junge Wissenschaft, die von ihrem Begründer, dem Engländer Galton, als die Wissenschaft bezeichnet wird, die sich mit allen Einflüssen befaßt, welche die angeborenen Eigenschaften einer Rasse verbessern und diese Eigenschaften zum arbeitsmäßigen Vorteil der Gesamtheit zur Entfaltung bringen will. Die Eugenik ist als Wissenschaft in ständiger Fortentwicklung begriffen. Ihre Träger sind bemüht, aus der wissenschaftlichen Erkenntnis auch praktische Anwendungen zu ziehen. Sie untersuchen die natürlichen und sozialen Aufzuchtbedingungen des Menschen und sie streben danach, erblich bedingte Störungen, Körperfehler und Belastungen zu beseitigen. In dieses Gebiet der eugenischen Wissenschaft gehört z. B. die sehr ernsthafte Frage der Vererbung der Antriebsverminderung Schwachmüdigkeit oder sonstiger Personen, von denen zu befürchten steht, daß sie sozial unerwünschte Eigenschaften auf ihre Nachkommenchaft vererben.

Neben dieser qualitativen Eugenik hat die quantitative eine große Bedeutung. Er handelt sich hierbei um die Regelung der Bevölkerungsmenge. Der Berliner Pro-

fessor Dr. G r o t j a h n hat kürzlich in einem Vortrag über diesen Gegenstand darauf hingewiesen, daß der Geburtenrückgang, der früher eine französische Eigentümlichkeit war, jetzt alle Völker des westeuropäischen Kulturkreises ergriffen hat. Der Geburtenrückgang ist so stark, daß seine Anhaltung zu einer aktuellen eigentlichen Forderung geworden ist. Ist doch die Zahl der Lebendgeborenen auf das Tausend der Bevölkerung Deutschlands in den letzten 50 Jahren von 40 auf 19 gesunken; die Großstädte zählen nur 14, Berlin sogar nur noch 11 Geburten auf das Tausend der Bevölkerung. Die verhängnisvolle Bedeutung dieser Ziffern wird erst klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß 20 Lebendgeborenen nötig, um eine Bevölkerung von normaler Altersklassenbesetzung und einer durchschnittlichen Lebensdauer von 50 Jahren, wie sie Deutschland vor dem Kriege aufwies, auch nur stationär zu erhalten.

Es ist bekannt, daß die Zahl der Kinder nicht von der natürlichen Fruchtbarkeit, sondern von dem Willen der Eltern abhängt. Deshalb muß dieser Willen durch wirtschaftliche Reaktionen der Elternschaft unterstützt werden. Die wichtigsten derartigen Mittel sind die Gehaltszahlung der Familienlosen unter spürbarer Berücksichtigung des Familienstandes und die Ergänzung unseres sozialen Versicherungswesens durch eine Elternschaftsversicherung, deren Kosten den Ledigen und Kinderlosen aufzuerlegen wären. Die Erhaltung des Bestandes der Bevölkerung ist nämlich erst dann gewährleistet, wenn jedes überhaupt fruchtbare Ehepaar mindestens drei Kinder aufzieht. Da dies aber nicht in allen Familien der Fall sein wird, auch nicht sein kann, müssen außerdem zahlreiche Elternpaare mehr als diese Kinder haben, damit auch nur der Bestand der Nation erhalten bleibt. Gerade diesen Kinderreichen ist deshalb ein Lastenausgleich auf Kosten der Ledigen und Kinderlosen besonders zu gönnen.

Der Gedanke der Elternschaftsversicherung ist lebhaft zu begrüßen. Allerdings wird eine solche Versicherung nur dann die gewünschte Wirkung, nämlich eine Steigerung der Geburtenhäufigkeit zeitigen, wenn ihre Leistungen wirklich als ein Ersatz für die Opfer und die Kosten der Kindererziehung angesehen werden können.

Weiterbeschäftigung Schwerbeschädigter.

Nach dem Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter muß jeder private Unternehmer auf 20 bis 50 insgesamt vorhandene Beschäftigte mindestens einen Schwerbeschädigten, und auf je 50 weitere Beschäftigte einen weiteren Schwerbeschädigten beschäftigen. Unter Umständen kann die Hauptfürsorgestelle dem Unternehmer, der diese Pflicht nicht erfüllt, Schwerbeschädigte bis zur vorgeschriebenen Zahl zuweisen mit der Wirkung, daß von dem Zeitpunkt der Zuweisung ab zwischen dem Unternehmer und dem zugewiesenen Schwerbeschädigten ein Arbeitsvertrag als abgeschlossen gilt. Als Schwerbeschädigte im Sinne dieses Gesetzes gelten Deutsche, die durch Dienstbeschädigung oder Unfall oder durch beides um mindestens 50 Prozent in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt sind und auf Grund der Versorgungsgeetze oder der reichsgesetzlichen Unfallversicherung Anspruch auf Pension oder Rente haben. Schwerbeschädigte genießen auch einen besonderen Kündigungsschutz. Die Kündigungsfrist beträgt für sie mindestens vier Wochen und die Kündigung wird erst wirksam, wenn ihr die Hauptfürsorgestelle zugestimmt hat.

Eine für die Durchführung dieser Bestimmungen wichtige Entscheidung hat kürzlich das Reichsarbeitsgericht gefällt. In einem Betrieb, in dem unter 245 Beschäftigten 3 Schwerbeschädigte arbeiten, erlitt ein Arbeiter einen schweren Unfall. Nach der Heilung seiner Verletzung meldete er sich wieder zur Arbeit. Der Unternehmer lehnte die Weiterbeschäftigung ab. Dagegen erhob der Verletzte Einspruch mit der Begründung, daß die gegen ihn als Schwerbeschädigten ausgesprochene Kündigung wirkungslos sei. Die Hauptfürsorgestelle vertrat den gleichen Standpunkt. Sie hat dem Unternehmer wohl aufgegeben, zwei weitere Schwerbeschädigte einzustellen, ihm aber den klagenden Arbeiter nicht zugewiesen. Das sei nicht erforderlich, denn er gehöre als Schwerbeschädigter ohnehin zum Betrieb.

Das angerufene Arbeitsgericht hat die Klage abgewiesen und dem Kläger nur wegen der nicht eingehaltenen Kündigungsfrist den Lohn für zwei Wochen zugesprochen. Das Landesarbeitsgericht hat dieses Urteil bestätigt. Das Reichsarbeitsgericht hat die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen und dabei der Auffassung Ausdruck gegeben, daß es weder einer freiwilligen Einstellung noch einer Zwangsweisung bedarf, wenn es sich um einen Schwerbeschädigten im Sinne des Schwerbeschädigtengesetzes handelt. Denn das Schwerbeschädigtengesetz bezweckt den Schutz schwerbeschädigter Personen auf dem Arbeitsmarkt. Kündigungsschutz und Zwangsweisung sind Nebenmaßnahmen, die sich selbständige Schutzmaßnahmen nebeneinander. Gegenwärtig sei die Belastung um so weniger beschwert, als sie unfruchtbar noch nicht die Mitglieder von Schwerbeschädigten in ihrem Betrieb beschäftigt.

Arbeiter-Ferienreisen.

Das Arbeiter-Bildungsinstitut Weisig, Dörfer Straße 22 (Vollshaus), veranstaltet auch in diesem Jahre wieder beschiedene Ferienreisen. Geplant sind Reisen nach Oberbayerischer Alpen, Alpen, Südnische Schweiz, Dänemark, Nordsee-Ostsee, Dänemark, Schweden und im September an den Rhein mit einem Besuch der Internationalen Ausstellung in Köln. Wer sich für diese Reisen interessiert, verlange gegen Einzahlung von 30 Mk. in Marken den ausführlichen Prospekt über Ferienreisen und Ferienaufenthalte.



Aus dem Verbandsleben



25 Jahre im Dienste des Verbandes.

Es sind nicht viele Kollegen, die in die Lage kommen, das 25jährige Jubiläum als Angestellte des Verbandes zu feiern. Meist liegt vor der Anstellung eine längere Zeit ehrenamtlicher Tätigkeit in der Organisation, so daß die Kollegen erst in reiferen Jahren angestellt werden. Diejenigen, die ihr Amtsjubiläum feiern können, erleben es in der Regel im vorgeschrittenen Lebensalter.

Verhältnismäßig jung ist noch der Kollege Louis Guth, Gauvorsitzer in Erfurt, der kürzlich sein 55. Lebensjahr vollendet hat. Er wirkt jetzt in seiner thüringischen Heimat, die Spuren in der Solzarbeiterbewegung hat er sich aber in Berlin verdient. Er bekleidete hier verschiedene Ehrenämter in der Verwaltungsstelle. Zum befristeten Gauvorsitzer wurde er im Frühjahr 1903 gewählt, und zwar für den Gau Danzig, der den ganzen Nordosten des Reiches umfaßte. Louis Guth ging mit frischem Mut an seine Aufgabe. Sein Arbeitsgebiet war das räumlich umfangreichste und gleichzeitig auch wohl das am schwersten zu bearbeitende. Er hat die in ihn gesetzten Erwartungen in vollem Maße erfüllt. Seit dem Jahre 1908 wirkt Guth als Gauvorsitzer im Gau Erfurt, und er erfreut sich sowohl im Gesamtverband als auch in seinem Gau der Achtung der Kollegen. Wir dürfen hoffen, daß er sein Amt zum Wohle des Verbandes noch recht lange verwaltet wird.

Sein Vorgesetzter, der demnächst seinen 64. Geburtstag feiern kann, ist aus der Bewegung der Bergarbeiter hervorgegangen. Bereits im Jahre 1893 wurde er zum Hauptkassierer, im Jahre 1900 zum Zentralvorsitzenden des Bergarbeiterverbandes gewählt, der damals etwa 1400 Mitglieder zählte. Später verließ diese Ämter ehrenamtlich neben seiner Berufstätigkeit. Zum 1. April 1903 erfolgte seine Amtseinführung. Wenn die Mitgliederzahl des Verbandes auch auf mehr als 1800 stieg, so war der Bergarbeiterverband doch als selbständige Organisation auf die Dauer nicht lebensfähig. Im Jahre 1906 erfolgte die Verschmelzung mit dem Deutschen Solzarbeiter-Verband. Heinrich Späthe arbeitete zunächst im Bureau der Berliner Ortsverwaltung. Seit dem Jahre 1919 ist er im Bureau des Verbandsvorstandes beschäftigt.

Beide Jubilare haben an verschiedenen Stellen dem Verbande wertvolle Dienste geleistet. Wir sind überzeugt, im Sinne der Kollegenschaft zu handeln, wenn wir ihnen auch an dieser Stelle den Glückwunsch austprechen.

Für Leben und Gesundheit

Unter diesem Titel hat der Verbandsvorstand jetzt das Protokoll der Reichskonferenz der Maschinenarbeiter herausgegeben. Die am 16. und 17. Januar dieses Jahres in Hannover abgehalten wurde. Es ist eine herrliche Broschüre von 112 Seiten. Dieser verhältnismäßig große Umfang erklärt sich daraus, daß die Materie herabgegründet aufgenommen und ausführlich wiedergegeben wurden. Auch den gewöhnlichen Diskussionen ist reichlich Raum gewidmet.

Es handelt sich bei der Konferenz der Maschinenarbeiter um eine Veranstaltung eigener Art. Während in den Reichskonferenzen der übrigen im Verband vertretenen Branchen die zweckmäßigen Methoden der Agitation sowie Fragen des Tarifvertrages, der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Vordergrund des Interesses stehen, sind diese Fragen bei den Maschinenarbeitern eine weniger wichtige Rolle. Zwar wurde in dem Vortrag des Kollegen Schleicher über die tarifliche Regelung des Maschinenarbeiterlohnes und in der Ausdrucks über diesen Gegenstand auch die tarifvertragliche Einwirkung der Maschinenarbeiter erörtert, aber in der eingehenden Erörterung wurde ausgesprochen, daß für die tarifvertragliche Einwirkung der Maschinenarbeiter der im Verband allgemein üblichen Grundätze gelten.

Die Bedeutung der Reichskonferenz der Maschinenarbeiter hat die besondere Berücksichtigung verdient. Das ist die liberale große Unabhängigkeit an den Selbstbestimmungsformen. Die Unabhängigkeit der gewöhnlichen Schlichtungsverfahren, die Fortsetzung, die so vielen Ausnahmefällen werden, wurden auf dem Kongress sehr ausführlich erörtert. Die Kongressbeschlüsse sind in der Broschüre ausführlich wiedergegeben. Die Kongressbeschlüsse sind in der Broschüre ausführlich wiedergegeben. Die Kongressbeschlüsse sind in der Broschüre ausführlich wiedergegeben.

Die Kongressbeschlüsse sind in der Broschüre ausführlich wiedergegeben. Die Kongressbeschlüsse sind in der Broschüre ausführlich wiedergegeben. Die Kongressbeschlüsse sind in der Broschüre ausführlich wiedergegeben.

Zur Reichskonferenz der Modellstecher.

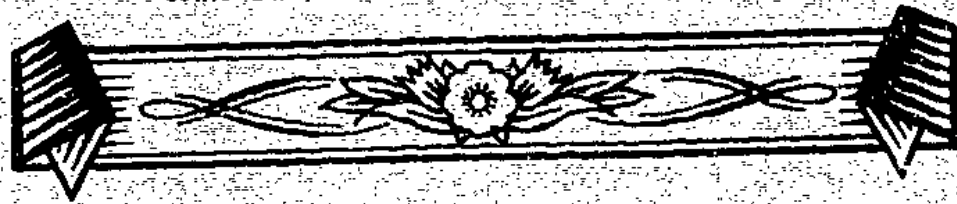
Am 21. April soll laut Beschluß des Verbandsvorstandes in Leipzig die Reichskonferenz der Modellstecher stattfinden. Der Wunsch nach Einberufung einer solchen Reichskonferenz — die letzte fand am 22. und 23. Februar 1920 in Magdeburg statt — ist in letzter Zeit von vielen Sektionen recht lebhaft geäußert worden. Auch die Berliner Sektion hat sich in dem letzten Jahr eingehend mit der Frage beschäftigt, inwieweit eine Reichskonferenz den Modellstechern nützen könnte. Er hat dementsprechend Anträge an den Verbandstag und den Vorstand gestellt.



Louis Guth.



Heinrich Späthe.



Auch die kommende Reichskonferenz wird sich zum Teil mit Fragen befassen müssen, die auf den vorhergehenden Reichskonferenzen erörtert wurden und heute noch ihrer Lösung harren. Daß sie noch nicht gelöst sind, beweist, vor welchen Schwierigkeiten wir als Branche und darüber hinaus als Gewerkschaft überhaupt stehen. Ich denke hier besonders an die Vertrags- und Lohnverhältnisse der Metallindustrie, denen der weitaus größte Teil der Modellstecher untersteht, ohne wie es oftmals der Fall ist, bei Schaffung dieser Verträge ein entscheidendes Wort mitzureden zu können. Während wir bemüht sind, für die Modellstecher überhaupt für alle in der Metallindustrie beschäftigten Solzarbeiter die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Metallindustrie nutzlos zu machen, und die Unternehmer bestrebt, den letzten Zustand bestehen zu lassen. Die Metallarbeiter, welche sich in ein immer größerer Abhängigkeitsverhältnis zu den Metallindustriellen begeben, wollen den von ihnen gewünschten Reichsmantelvertrag mit den Modellfabriken überhaupt nur unter Aufhebung der Metallindustrie.

Hier steht die Reichskonferenz vor Entschädigungen, die nicht leicht sind, weil nämlich ein Teil der Branchenangehörigen immer noch nicht begriffen hat, daß Lohn- und Vertragsfragen Machtfragen sind. Die Branchenkonferenz kann mit ihren Beschlüssen nur so weit gehen, als es sich mit den bestehenden Verhältnissen in der Branche vereinbaren läßt, denn was nützen uns die schönsten Beschlüsse, wenn sie sich infolge der Haltung der Branchenangehörigen nicht durchsetzen lassen. Die Branchenkonferenzen sollen, wie Kollege Hammer auf dem letzten Verbandstag mit Recht sagte, richtige Arbeit leisten, sie sollen Handel mit Köpfen machen.

Darum ersuchen wir auch heute wieder an alle Sektionsleitungen und Branchenangehörigen, stellt euch auf die bevorstehende Reichskonferenz ein. Rechnet in den Sektionsversammlungen zu ihr Stellung. Der Branchenabteilung beim Gewerkschaftsbund müssen Rechte und Interessen aus der Sektionsleitung zufließen, damit jede Sektion auf der Reichskonferenz vertreten ist. Wir haben kein Recht an anderer Organisationsleistung Kritik zu üben, wenn wir nicht selbst unsere Willkür zeigen. Es muß der Gewerkschaft einigermassen ein Zusammenwirken aller Modellstecher unter dem schützenden Dach des Deutschen Solzarbeiter-Verbandes sein. Das ist der Wunsch der Berliner Modellstecher zur Reichskonferenz. Karl Juchacz.

Demang der Berliner Modell- und Abrichtstehler.

Säger in Schlesien.

Die Bewegung in den Bezirken Niederschlesien und Graubündel hat in Preußen. In Niederschlesien, wo Mantelvertrag und Lohnhöhe strittig waren, hat der Schlichtungsausschuß Görlitz am 14. März einen Schiedspruch gefällt, nach welchem der Spitzenlohn eine Erhöhung um 3% erfahren sollte. Im Mantelvertrag hatte der

Schiedspruch insbesondere in der Frage der Arbeitszeit eine durchaus unbefriedigende Lösung gebracht. Unsere Kollegen haben den Görlitzer Schiedspruch einstimmig abgelehnt. Der Antrag der Unternehmer auf Verbindlichklärung des Schiedspruches führte am 28. März zu Verhandlungen vor dem Schlichter in Preßlau. Hier wurde eine Vereinbarung getroffen, nach welcher der Lohn um 6 Pf. an der Spitze erhöht wird. Er steigt damit auf 65 Pf. Im gleichen Verhältnis erhöhen sich die bestehenden Stundenlöhne und Akkordlöhne. Aber die Anträge auf Änderung der Ortsklasseneinteilung werden die Parteien bis zum 15. Mai besonders verhandeln. Die Bestimmungen des Görlitzer Schiedspruches über die Arbeitszeit wurden vom Schlichter für verbindlich erklärt. Hiernach kann die Arbeitszeit nach Anhörung der Betriebsvertretung bis zu 54 Stunden verlängert werden. Der Zuschlag für diese Überstunden beträgt 15 Prozent. Für weitere Überstunden, die mit 25 Prozent Zuschlag zu vergüten sind, ist die Zustimmung der Betriebsvertretung erforderlich.

Der Mantelvertrag mit dem Sägewerksverband in der Graubündel Glasp läuft noch bis Ende Mai. Hier handelte es sich um den Lohn. Nach dem vom Schlichtungsausschuß Glasp am 17. Februar gefällten Schiedspruch sollte eine Lohnerhöhung von 3 Pf. gewährt werden. Unsere Kollegen lehnten den Schiedspruch ab. Es kam zu Streiks und in der Folge zur Aussperrung. Diese Differenzen wurden in erneuten Verhandlungen, die am 2. April vor dem Schlichtungsausschuß in Glasp geführt wurden, beigelegt. Zwischen den Parteien wurde eine Vereinbarung getroffen, nach welcher der Spitzenlohn um 6 Pf. erhöht wird. Im gleichen Verhältnis werden die bestehenden Löhne und Akkordlöhne erhöht. Der Mindestlohn der Gattlerführer beträgt in den vier Ortsklassen 58, 56, 54 und 52 Pf. Das Abkommen gilt bis 28. Februar 1920. Die Arbeit wird sofort aufgenommen.

Sägerstreit in der Provinz Brandenburg.

Die Arbeitseinstellung, die wie berichtet, am 24. März mit etwa 100 Kollegen in Berlin begann, hat nach den ergebnislosen Verhandlungen, die am 26. März vor dem Schlichter geführt wurden, eine weitere Ausdehnung erfahren. In einigen Betrieben in Oderberg, Lehnitz, Wernsdorf und Schapitzsch haben die Kollegen die Arbeit eingestellt, so daß die Zahl der Streikenden inzwischen etwa 500 betragen dürfte. Die Unternehmer haben durch Anschlag in den Betrieben angekündigt, daß am 4. April 75 Prozent der Belegschaft ausgesperrt würden. Dieser Aussperrungstermin wurde alsdann auf den 7. April verlegt, da der Schlichter inzwischen die Parteien zu neuen Verhandlungen geladen hat.

Diese Verhandlungen führten zu einer Verständigung der Parteien hinsichtlich dem Spruch des Schlichters zu, der den am 3. März in Potsdam gefällten Schiedspruch mit einigen Abänderungen bestätigt. Im Berlin wurde der Vertragslohn der Gruppe A I von 115 auf 120 Prozent, der Gruppe A II von 107 auf 110 Prozent des Lohnes des Stichtages erhöht. Das bedeutet eine Erhöhung des Spitzenlohnes auf 108 bzw. 99 Pf. Außerdem wurden einige Orte in eine höhere Ortsklasse versetzt. Die Arbeit wird in allen Betrieben meistens am 10. April wieder aufgenommen.

Streit der Säger in Masuren.

Zu dem Streit, von dem wir bereits kurz Notiz genommen haben, wird uns geschrieben: Im Gebiet des Arbeitgeberverbandes für die Sägewerksindustrie Masuren stehen rund 500 Kollegen der Orte Johanna, Wierga, Ruda, Zarnitz, W. a. a. a., Semsburg, Peltzschendorf und Peltzschburg seit dem 23. März im Streit. Eine größere Anzahl der masurenischen Unternehmer ist im Herbst 1927 aus dem Arbeitgeberverband für die Sägewerksindustrie ausgeschieden. Sie wollen eine eigene Lohnpolitik treiben und haben zu diesem Zweck den neuen Masurenischen Arbeitgeberverband gegründet. Unsere Kollegen fordern dieselben Abkommen wie mit dem Ostpreussischen Verband. Wiederholte Verhandlungen scheiterten, so daß unsere Kollegen in größerem Betrieben die Arbeit wiederlegten. Die Unternehmer mochten nur alle Anforderungen nur in der masurenischen Oberen unter den Kleinbauern Streikführer zu werden. Daß der mittelständigen Masuren unterer Kollegen haben die Verhältnisse jedoch wenig Glück. Nur in Wierga ist es einem Unternehmer gelungen, einige solcher Elemente zu schnappen. Dieses mit Dolchen bewaffnete Gendarm wird unter dem Schutze der Polizei an die Arbeit gebracht. Unsere Kollegen sehen dem Ausbruch des Kampfes mit Ruhe entgegen.

Mit Luffmann sinfar Klümmen ist
Am 15. Wofsubnittery föllig

Säger in Hamburg.

Für das Sägewerke in Hamburg wurde ein neuer Rahmenvertrag abgeschlossen. Die Arbeitszeit ist auf 48 Stunden festgelegt...

Streit in der Pinzel- und Bleistiftindustrie in Nürnberg.

Die Pinzelindustrie und die Bleistiftindustrie in Nürnberg sind getrennte Industriezweige, die Unternehmer gehören aber einer gemeinsamen Organisation an...

Streit der Schreiner und Glaser in Offenbach.

Weil die Unternehmer sich weigern, die Lohnzulage nach der mit dem Arbeitgeberverband getroffenen Abmachung zu zahlen, haben, wie bereits berichtet, die Kollegen in Offenbach...

Bürstenmacherstreit in Erlangen.

Für die Bürstenfabrik Kränzlein in Erlangen konnte Ende März ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen werden. Dagegen war es nicht möglich, eine Verständigung über den Lohn herbeizuführen...

Sperholzfabrik Brüning u. Sohn in Ragnit.

In dem Betrieb der Firma Brüning in Ragnit in Ostpreußen, der etwa 250 Arbeiter beschäftigt, wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen, der unter anderem eine bessere Regelung der Arbeitszeit und der Überstundenzuschläge bringt...

Schuhleistenbranche Darmstadt-Bidenbach.

Für die Belegschaft der Firma Deutsche Schuhleisten- und Absatzwerke zu Bidenbach wurden die Löhne mit Wirkung vom 14. März neu geregelt. Die Zulage erfolgte nach dem Lohnabkommen für das Holzgewerbe...

Neustädter Erzgebirge. Einen schweren Verlust hat unsere Verwaltungsstelle und haben insbesondere die organisierten Arbeiter durch das Ableben des Kollegen Ernst Kochmann...



Holzindustrie



Ein neuer Vorstoß der Waldbesitzer in der Holzollfrage.

Der Bayerische Waldbesitzerverband (München) hat sich am 3. März mit einem langen Schreiben an den Süddeutschen Sägewerksverein (München) gewandt, um dessen Mitglieder für die Zollwünsche der Waldbesitzer einzufangen...

Nachdem bei den gegenwärtigen Handelsvertragsverhandlungen mit Polen und der Tschechoslowakei die deutschen Holzölle für längere Zeit festgelegt werden und durch die Meistbegünstigung auch die übrigen holzliefernden Länder, wie vor allem Österreich, daran interessiert sind, haben wir uns bemüht, den Standpunkt des Waldbesitzes in dieser Frage zur Geltung zu bringen...

Zur Unterstützung seiner Forderung zitiert der Waldbesitzerverband einen Artikel im Handelsrat des 'Berliner Tageblattes', Nr. 83. Was nun folgt, steht zwar nicht in dieser und wohl auch in keiner früheren oder späteren Nummer des 'B. T.', aber irgendeine Zeitung wird es wohl geschrieben haben...

Andererseits hat die deutsche Sägewerksindustrie ein Lebensinteresse an einem genügend hohen Schnittholzzoll. Sie gibt den Reichsbehörden zu bedenken, daß ihre Betriebe durch die auf das Doppelte bis Zweieinhalbfache gestiegenen Arbeitslöhne, durch hohe Steuern aller Art und durch soziale Lasten, auch durch reichliche Inlandrindholzpreise so stark belastet sind...

Der Bayerische Waldbesitzerverband hofft, daß die Sägewerksbesitzer die Auffassung des unbekanntem Sachverständigen teilen und öffentlich für eine Erhöhung des Schnittholzzolles eintreten. Vielleicht sind einzelne Sägewerksbesitzer dazu bereit, ihre Organisationen werden es sich aber reichlich überlegen.

Die Erklärung der Waldbesitzer, daß ihnen an der Erhöhung des Rindholzzolles weniger liegt als an der des Schnittholzes, ist falsch. Auf diese Weise hoffen sie, die Sägewerksbesitzer für eine Forderung einzufangen, die angeblich in ihrem Interesse liegt, in Wirklichkeit aber nur dem Wohle der Waldbesitzer dient. Erhöhung des Rindholzzolles bedeutet eine weitere Steigerung des Rindholzpreises. Das bereist der dümmste Sägewerker, welche Wirkung hat nun die Erhöhung des Schnittholzzolles? Die Waldbesitzer sagen: Die Schnittholzpreise steigen zum Vorteil der Sägewerksbesitzer. Und viele Sägewerksbesitzer sehen tatsächlich auch nur diese Wirkung. Daher ihr Verhalten nach hohen Schnittholzzöllen. Sie übersehen ganz, daß wie die Verhältnisse am deutschen und europäischen Holzmarkt liegen, die Schnittholzpreis-erhöhung zur Folge hat. Was der Sägewerksbesitzer für das Schnittholz mehr erhält, fordert von ihm sofort wieder der Waldbesitzer für das Rindholz. Der Sägewerksbesitzer hat von der Schnittholzzollerhöhung also nicht den geringsten Vorteil. Im Gegenteil, nur Schaden. Nichts ist irriter, als zu glauben, die Erhöhung der Schnittholzpreise liege im Interesse der Sägewerksindustrie. Der Verein Süddeutscher Holzhandeler und Sägewerke (Weilheim) schrieb vor einigen Monaten sehr richtig: Dem deutschen Holzhandel und der deutschen Sägewerksindustrie ist jede Preissteigerung ungewünscht. Wir sind der Auffassung, daß eine Verteuerung des Holzes nur die Verdrängung des Holzes durch Erzeugnisse (Beton, Eisen) fördert. Aber nicht nur das...

Die Verteuerung des Holzes hemmt die Entwicklung der Schnittholzverarbeitenden Industrie. Und das liegt durchaus nicht im Interesse der Sägewerke.

Der Sägewerksindustrie kann nicht damit geholfen werden, daß durch Erhöhung der Zölle das Holz verteuert wird. Sie braucht im Gegenteil billiges Rindholz. Zölle verteuern aber das Rindholz. Gewiß, auch uns wäre es lieber, wenn wir nur Rindholz einführen könnten und bräuchten. Das ist aus Gründen, die wir hier wiederholt dargelegt haben, jedoch nicht möglich. Wir brauchen auch eine starke Schnittholzeinfuhr, einmal zur Deckung des großen heimischen Holzbedarfs und zum anderen als Druckmittel gegen die Preisforderungen der Waldbesitzer. Wenn diese jetzt wieder von der drohenden 'Überschwemmung mit Auslandholz' erzählen, so beweist das nur, daß ihnen sachliche Gründe für ihre Forderungen fehlen. Auch was ihr 'Sachverständiger' über die Lohnverhältnisse in der Sägewerksindustrie sagt, verlohnt keine neue Entgegnung.

Die Zollforderungen der Waldbesitzer liegen nicht im Interesse der Sägewerksindustrie und auch nicht in dem der Schnittholzverarbeitenden Industrien. Nur die Handvoll Waldbesitzer haben von einer Erhöhung der Holzölle einen Vorteil. Höher als deren Geldbeutelinteresse steht uns das Wohl und Wehe der Holzindustrie und der Gesamtwirtschaft. Darum sind wir nicht nur gegen die Erhöhung, sondern gegen die Holzölle überhaupt. Wir brauchen das ausländische Holz, je mehr und je billiger wir es bekommen, um so besser für die Holzindustrie und die Gesamtwirtschaft.

Glänzender Abschluß bei Brüning u. Sohn A.-G.

Die Sperholzfabrik J. Brüning u. Sohn A.-G. in Pölsdam veröffentlicht ihren Geschäftsbericht für 1927. Bei einem Aktienkapital von 3.600.000 Mk. erzielte die Gesellschaft einen Reingewinn von 417.389 Mk. Im Vorjahr betrug dieser 348.274 Mk. und 1925 nur 251.322 Mk. Entsprechend dieser Steigerung stieg die Dividende von 6 auf 8 und 9 Prozent. Die 10 Aufsichtsratsmitglieder erhalten 43.194 Mk. Taxikeme (Gewinnanteil). Um den Reingewinn möglichst klein zu halten, sind reichliche Abschreibungen vorgenommen worden.

In dem Geschäftsbericht heißt es unter anderem: 'Der Beschäftigungsgrad im abgelaufenen Jahr war durchweg befriedigend. Während der Umsatz in Zigarrenstücken und Zigarrenwickelformen sich gegenüber dem Vorjahr nur um ein geringes erhöhte, konnte der Absatz in dem Hauptartikel Sperholz nicht unwesentlich gesteigert werden. Der Ergänzung und technischen Verbesserung der Produktionsmittel wurde wiederum volle Sorgfalt zugewendet. Das neue Geschäftsjahr zeigt von seinem Beginn an steigende Umsätze und einen die Werke auf Monate beschäftigenden Auftragsbestand. Die weiter anhaltende starke Nachfrage läßt hoffen, daß auch im laufenden Jahr mit ausreichender Beschäftigung gerechnet werden kann.' Inzwischen scheinen die Aussichten noch günstiger geworden zu sein. Der Aufsichtsratsvorsitzende berichtete in der Generalversammlung: 'In den ersten drei Monaten des neuen Jahres hat der Umsatz gegen die gleiche Zeit des Vorjahres eine Steigerung von 33,2 Prozent erfahren. Die Werke sind in Startplatten bis Ende August ausverkauft.' Die Brüning A.-G. hat zurzeit Betriebe in Langendiebach, Lüneburg, Ragnit, Kehlde und in Verholzheim.

Zeiss-Ikon A.-G., Photoindustrie.

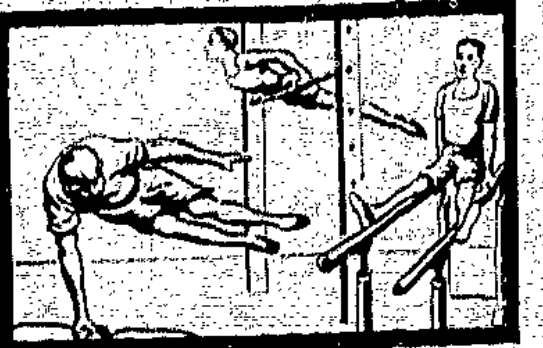
Die Zeiss-Ikon A.-G. (Sitz Dresden) erzielte im Geschäftsjahr 1926/27 einen Reingewinn von 454.000 Mk. gegen 143.000 Mk. im Vorjahr, davon werden 400.000 Mk. zur Stärkung der Betriebsmittel zurückgestellt und 54.000 Mk. werden vertragen. Eine Dividende wird nicht gezahlt. Im Berichtsjahr ist die A.-G. Bahn-Kassel übernommen worden. Das Aktienkapital wird um 24 Millionen Mark erhöht, davon sollen 300.000 Mk. zum Erwerb der Goerz-Phot.-Chem. Werke verwendet und 21 Millionen Mark den Aktionären zum Bezug angeboten werden.

Die Betriebsanlagen, Maschinen, Fabrikeinrichtungen und Werkzeuge, Mobilitäten, Effekten und Beteiligungen stehen für nur mit 1 Mt. zu Buche. Das Bankguthaben beträgt 706.200 Mk. Dieses ist gegen das Vorjahr um 1.300 Millionen Mark zurückgegangen, was auf die erhöhte Beschäftigung der Werke zurückzuführen wird. Die langfristigen Verbindlichkeiten sind von 3,1 auf 2,6 Millionen Mark zurückgegangen. Die laufenden Verbindlichkeiten haben sich von 0,42 auf 1,07 Millionen Mark erhöht. Die Rücklage zur Durchführung der Fusion in Höhe von einer Million ist bis auf 182.000 Mk. verbraucht.

In dem Geschäftsbericht wird darauf hingewiesen, daß wesentliche Fortschritte in der Vereinheitlichung der Produktion gemacht wurden. Die Holzverarbeitung ist im Gegensatz zum Betrieb von Reich übernommen worden. Die Lohnquote wird durch die Beschäftigung von Arbeiterinnen in der Holzabteilung stark herabgedrückt. Für die kommenden Monate ist die Gesellschaft mit Aufträgen versehen. S. D.



Gesundheit und Körperpflege



Das nervöse Kind und seine Umgebung.

Von Dr. Lisette Hoffa, Kinderärztin, Berlin.

Wenn, wie es ansteckende Krankheiten gibt, scheinen auch einzelne Worte eine ansteckende Wirkung auszuüben. Eingeschrieben in der Luft herum, man greift sie auf und läßt sich unwillkürlich von ihnen beeinflussen. Ein solches Wort ist „nervös“. Für allerhand Unbeherrlichkeiten und sogar Ungezogenheiten, für innere Unruhe, für lästiges Umherrennen, für unhöfliches Benehmen, für alles gilt es als ausreichende und deshalb nur zu bequeme Ausrede. Es soll selbstverständlich nicht in Abrede gestellt werden, daß die ganz besonders schweren Sorgen und Lasten unserer Zeit jene leichte Reizbarkeit des Nervensystems, die wir als Nervosität bezeichnen, in vermehrtem Grade hervorzuheben pflegen. Aber das Verständnis für die Entstehung dieses Übels heißt doch nicht, seine Bekämpfung aufzugeben. Im Gegenteil. Und hier kann manches geschehen. Denn je mehr man seinen Nerven die Zügel schießen läßt, desto tyrannischer werden sie. Es soll hier nicht weiter davon gesprochen werden, wie diese wachsende Unruhe dem einzelnen Menschen das Leben erschweren, ja oft zerstören kann, es kommt uns hier auf den verhängnisvollen Einfluß an, den die Nervosität der Erwachsenen auf das Kind ausübt.

Die Annahme, daß sich die Nervosität der Eltern auf das Kind vererbt, trifft nur insofern zu, als die leichtere Reizbarkeit und Erregbarkeit, die als eine gewisse Schwäche des Nervensystems angesehen werden kann, in manchen Fällen auf das Kind übertragen wird. Wichtig aber ein solch erblich belastetes Kind in einer vernünftigen, gesunden Umgebung auf zu bringen, die Veranlassung nicht bemerkbar zu machen. Denn vielleicht wichtiger noch als die Anlage sind der Einfluß der Umgebung, die Wirkung des Beispiels und das ganze Tempo des Lebens, das ein Kind im Elternhause kennenlernt. Wenn Vater und Mutter, von früh bis spät abgesehen, reizbar, keinen ruhigen Moment finden können, wird auch das Kind von dieser Unruhe angesteckt; wenn es von der Mutter zu allen Vergnügungen, Kino, Kaffeegelesellschaften mitgeschleppt wird, überhört sich die Eindrücke, die können nicht mehr ordentlich verarbeitet werden und rufen Ermüdungserscheinungen hervor. Wenn das Kind nach spät am Abend an der Unterhaltung der Erwachsenen teilnimmt, geraten die Nerven in einen erregten Zustand, und an Schlaf ist natürlich nicht zu denken. Alles dies ist so einleitend, und doch — wie oft wird dagegen geklagt! — immer wieder kommen die Mütter mit dem nervösen Kinde in die Sprechstunde des Kinderarztes, und immer wieder bietet sich das gleiche Bild: Schlaflosigkeit, Appetitlosigkeit, mangelnde Aufmerksamkeit in der Schule, Unordentlichkeit und Bergelichkeit, Neigung zu Tränen, es sind immer die gleichen Klagen. Einzelne Kinder ahmen noch besonders die Erwachsenen nach, haben Kopfschmerzen, Händezittern, Nervösität und dergleichen. Selbstverständlich muß man sich zunächst darüber überzeugen, ob diesen Klagen nicht doch eine berechtigte organische Erkrankung zugrunde liegt. A. B. Hungerungen, Würmer, Verstopfung oder eine beginnende Infektionskrankheit. Auch an Verstaupung leidende Kinder zeigen ähnliche Erscheinungen, und man würde einem solchen Kinde großes Unrecht tun, wenn man es als nervös ansieht. Ferner müssen Kinder mit stärkeren Graden von Entwicklungsdefekten, von leichter Schwachheit und ähnlichem ausgesondert werden, die einer besonderen Erziehung bedürfen. Außer dem achtet man auf die äußeren Schädlichkeiten, die zu einer erhöhten Nervosität des Kindes beitragen, vor allem sind es die Eindrücke der Großstadt und ebenso das Einkindsystem, zwei Faktoren, deren Beeinflussung selten in unserer Macht liegt.

Nach diesen Erwägungen betrachten wir wieder die nähere Umgebung des Kindes. Auf Vertragen gibt die Mutter fast immer ihre eigene Nervosität und die Unruhe des Haushaltes zu. Wenn man ein solches Kind eine Weile aufs Land schicken, in vernünftige Pflege mit viel Bewegung in freier Luft, dann ist es plötzlich wie umgewandelt, kann gut schlafen, hat prächtigen Appetit, ist herrlich guter Laune und auch zu kleinen Hilfsleistungen gern bereit, die es zu Hause nur unwillig übernahm. Sind die Ferien vorbei, dann beginnen bald wieder die alten Leiden. Da die Trennung vom Elternhause sich immer nur für kurze Zeit ermöglichen läßt und aus diesen Gründen für die Dauer auch gar nicht möglich ist, muß man auf andere Weise Abhilfe schaffen. Das Kind selbst ist nur zum geringsten Teil verantwortlich zu machen. Die wichtigste psychische Beeinflussung geschieht unbewußt durch das Beispiel der Umgebung. Trotzdem soll man natürlich versuchen, einen direkten einleitenden Einfluß auszuüben. Bei der Geringschätzung dieser Beeinflussung und die Möglichkeit ihrer Überwindung durch Selbstbeherrschung klarzulegen. Wirklichen Erfolg kann es aber nur dann erzielen, wenn das Kind ein Beispiel für die Eltern die Erfüllung dieser Forderung vor sich sieht. Es ist für die Mutter bei jedem Augenblicke, weint und tobt und den Kindern, schreit der Vater lautlich am Morgen, liegt die Mutter den ganzen Tag in der Stadt herum und klagt ewig über Müdigkeit und Kopfschmerzen, dann ist nicht viel zu erwarten. Man werde sich nicht vor, daß ich die Dinge zu ändern imstande oder vermag, wie jetzt die soziale Not aller

Arbeitsleute diese Unruhe und die Kränklichkeit und all dies hervorruft. Das weiß jeder, der in der sozialen Arbeit steht, nur zu gut. Und trotzdem ist es notwendig, das Verantwortungsgelicht aller Erzieher immer wieder anzufachen, daß sie nach Möglichkeit die Abstellung dieser Übel erstreben. Man vergesse nie, wie leicht die kindliche Seele beeindruckt wird, und wie schärf Kinder zu beobachten wissen. Wir können nichts von ihnen verlangen, was wir nicht selber leisten. Deshalb zwingt man sich selber zur Ruhe, beherrsche seine Launen in Gegenwart der Kinder und vermeide es vor allem, das Wort „nervös“ dauernd als Entschuldigung zu gebrauchen, damit es gar nicht erst aufgeschnappt werden kann. Mit dieser Erziehung zur Selbstbeherrschung erweist man sich selber den besten Gefallen, und ebenso durch eine im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten möglichst vernünftige hygienische Lebensweise, die eigene Nervosität wird schwinden und ein vermehrter Einfluß auf die Kinder ermöglicht.

Eine große Schwierigkeit bereitet es meist den Eltern, das richtige Maß der Fürsorge für die Kinder zu finden; auf der einen Seite läßt man ihnen alle Freiheit, Bücher, Kameraden und anderes mehr, werden kaum überwacht, auf der anderen Seite möchten manche Mütter ihre Kinder in der Warte packen, umgeben sie mit einer Fülle von Verböten, Ermahnungen und machen sie dadurch unruhig und widerspenstig. Dazu kommt der Einfluß der Schule. Je nach der Persönlichkeit der Lehrer kann der Einfluß der Schule allgemein segensreich sein oder aber die Unruhe des Kindes noch verstärken. Das nervöse Kind ermüdet leicht und stört oft den Unterricht; hier muß durch Zusammenwirken der Eltern, des Lehrers und Schularztes das richtige Maß für die Leistungsfähigkeit des Kindes getroffen werden. Da nervöse Kinder oft sehr begabt sind, liegt die Gefahr nahe, daß der Ehrgeiz der Eltern angeacht wird und die Kinder mit zuviel Nebenstunden, Sprachen, Tanz, Musik usw. belastet werden. Fast immer segensreich wirkt eine maßvolle turnerische oder sportliche Betätigung, die außer der Stärkung der körperlichen Leistungsfähigkeit noch einen günstigen erzieherischen Einfluß ausübt.

Wer ein nervöses Kind zu erziehen hat, der achte nicht nur darauf, daß das Kind eine vernünftige, geregelte, gesunde Lebensweise führt, sondern denke auch immer daran, daß das Beispiel der Erwachsenen von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Nägellauende Kinder.

Auf Kinder, die ihre Nägel betauen und abbeißen, wird nicht immer die genügende Sorgfalt gelegt. Nicht nur, daß diese an sich doch schon häßliche Angewohnheit leicht ins reifere Alter mitgenommen wird und da schwer abzugewöhnen ist, es können auch Krankheitsreize von den Nägeln und Fingern in den Mund gelangen. Nagelteilchen können mit verschluckt werden und Magen- und Darmkrankheiten verursachen. In den Fingern selbst können Geschwüre entstehen; die abgenadelten Nägel, die von dem dauernden Benetzen mit dem Speichelsaft betroffenen Fingertippen machen einen häßlichen, in Folge ihrer Unsauberkeit anwidrigen Eindruck. Man begegne dem Übel also rechtzeitig. Nachts Handschuhe über die Finger, um das Kratzen im Schlaf zu verhindern.

Nasenbluten.

Bei manchen Menschen blutet die Nase leicht, es sind meist schwächliche, blutarme oder sonstwie durch Krankheiten heruntergekommene Personen. In anderen Fällen ist aber keine besondere Ursache zu finden. Wie hat man sich zu verhalten? Ein einfaches Mittel ist, bei geschlossenem Munde tief und schnell durch die Nase kalte Luft (am offenen Fenster) einzuatmen, kurze Zeit anhalten und durch den Mund wieder auszuatmen. Das macht man zwanzig- bis dreißigmal. Es ist eine Art Saugwirkung, die gleich einem Schröpfkopf das Blut aus Nase und Kopf ableitet, und gleichzeitig läßt der kalte Luftstrom das Blut in der Nase leichter gerinnen. Der Kopf ist stets hochzuhalten, möglichst auch die Arme. Unterstützen kann man diese Maßnahme durch ein heißes Fußbad, dessen Aufgabe es ebenfalls ist, das Blut vom Kopf abzuführen.

Ein altes Volksmittel ist das Einziehen von kaltem Wasser, dem man etwas Ewig- oder Zitronensaft zugesetzt hat. Man kann auch Zitronensaft direkt in die Nase einspritzen. Kalte Wasserumschläge auf Nase und Stirn sind möglich. Auch kann man, besonders wenn die blutende Stelle ziemlich vorn an der Nasenöffnung liegt, durch Verstopfen mit einem Wattebausch die Blutung manchmal zum Aufhören bringen.

Daß Kratzen, die den Hals einengen und den Blutabfluß hemmen, zu entfernen sind, ist selbstverständlich. Der Blutende muß sich noch eine Zeitlang, nachdem die Blutung zum Stillstand gekommen ist, ruhig verhalten, nicht sprechen und nicht schnauben.

Ist das Nasenbluten häufig, und ist es besonders schwer stillbar, dann ist ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, um die genauere Ursache festzustellen und danach den Weisheit anzulegen.

Über Fußbeschwerden.

Von Dr. E. Simon, Berlin-Buch.

Fußbeschwerden sind ein weitverbreitetes Übel. Das häufigste Fußleiden ist der Plattfuß, der dadurch entsteht, daß der Gewölbobogen des Körpergewichts nicht mehr trägt oder einfließt, entweder weil die Last zu schwer wird oder weil der Bogen schwach ist. In den Jahren zwischen 40 und 50 neigen viele Menschen, besonders Frauen, zu starkem Fettsaß und Gewichtszunahme. Nicht selten findet man daher bei diesen auch gleichzeitig die Entstehung von Plattfüßen. Dann gibt es viele Beispiele, die das Fußgewölbe durch übermäßige, langweilige Stehen überbeanspruchen. Schließlich gibt es sehr viele Menschen, bei denen eine Schwäche der Muskeln und Bänder im Fuß als Veranlassung besteht, und die ihre Plattfüße auch ohne besondere äußere Ursachen bekommen.

Der Plattfuß macht allerlei Beschwerden, leichte Ermüdbarkeit beim Gehen, zunehmend im Laufe des Tages Schmerzen im Fuß, ausstrahlend oft bis zum Knie und noch höher hinauf. Diese Schmerzen sind am stärksten, wenn der Plattfuß entsteht und das Fußgewölbe anfängt, nachzugeben.

Erkennen kann man das Leiden daran, daß durch das Einsinken des Fußgewölbes der Fuß platt wird. Zugleich wird er breiter, und am Innenrande treten die herabgedrückten Knochen hervor. Ein solcher ausgeprägter Plattfuß, nach wie ein Brett, ist leicht zu erkennen. Dagegen ist es der beginnende Plattfuß mit noch erhaltenem Gewölbe weniger leicht, und es gibt allerlei Leiden, die damit verwechselt werden können. Es wird auch sonst in dieser Beziehung viel gefehlt. So haben z. B. auch gesunde Kinder in den ersten Lebensjahren scheinbar keine Fußwölbe. Sie treten mit der vollen Fußsohle auf. Aber bei den meisten dieser gesunden Kinder ist das nur scheinbar so; denn das Fußgewölbe ist durch ein reichliches Fettpolster auf der Unterseite verkleidet und verdeckt. Diese Fettschichten tragen zu lassen, ist daher zwecklos. Anders ist das natürlich, wenn ein Kind wirklich einen Plattfuß hat, wie z. B. bei der englischen Krankheit.

Die Behandlung des Plattfußes besteht in einer Einlage aus einem unelastischen Stoff, wie z. B. Metall, Zelluloid oder Holz. Die Einlage hebt das eingesenkte Fußgewölbe wieder hoch. Sie muß dem Fuß aufliegen, also genau passen, und sollte deshalb nur nach Maß angefertigt werden. Fertige gekaufte Einlagen können daher nur dann passen, wenn sie zufälligweise der Fußgröße entsprechen. Man sollte sich nicht damit begnügen, diese Einlagen zu tragen, sondern sollte durch fleißiges Üben der Fußmuskulatur und durch Massage seinen Fuß wieder kräftigen. Dann gelangt es öfters, wieder von den Einlagen freizukommen.

Bei manchen Plattfußkranken findet man noch besonders schmerzhaften Stellen unter der Ferse und vorn an den Mittelfußknochen durch das Einsinken des Quergewölbes. Gegen die Schmerzen vorn hilft eine besonders gearbeitete Einlage, die die Mittelfußknochen durch Vorhebung gegen den Druck schützt. Gegen den Fersenschmerz kann man ein Pech in die Einlage auslegen und legt ein Fußstückchen davor ein. Manchmal entwickelt sich hier sogar ein Knochenwachstum, ein Fersenhorn, den man, wenn gar nichts hilft, abmeißeln muß.

Bislang sieht man auch die betonen und die mit dem Plattfuß vergesellschafteter. Besonders ältere Damen mit den hohen Absätzen haben sie jetzt viel häufiger als früher. Die Anstöße sind die Folge einer Pankenschwäche des Fußgelenks. Da die modernen Damenschuhe tief ausgeschnitten sind und dem Fußgelenk keine Stütze geben, wie z. B. die hohen Schürstiefel, so entstehen dabei leicht Kniefüße, die sich durch das leichte Umknicken beim Gehen besonders lästig machen.

Ein zweites weitverbreitetes Leiden ist der Ballen. Auch der entsteht durch das Einsinken des Fußgewölbes, denn wer einen Ballen hat, hat auch einen Plattfuß. Aber beim Ballen sinkt nicht nur das Längsgewölbe wie beim Plattfuß ein, sondern auch das Quergewölbe. Dabei werden die Mittelfußknochen auseinandergedrängt und gedreht und die Gelenke, die mit ihnen gelenkig verbunden sind, nach der Mitte zu zusammengedrückt. So gibt es am Gelenk des ersten Mittelfußknochens mit der großen Zehe einen Knick, einen Vorsprung, der dauernd durch den Stiefel gedrückt wird. Dadurch entwickelt sich ein Schleimbeutel, der sich oft entzündet. Ist es soweit gekommen, so ist jeder Stiefel froh, außerst schmerzhaft, und der gequälte Besitzer eines solchen Ballens versucht allerlei, um gehen zu können, wie ausgearbeitete Stiefel, Verbände oder Schienen. Auch das Tragen von Plattfüßeinlagen hilft öfters. Wenn aber alles nicht hilft, so muß eine Operation, die den Fuß wieder richtigstellt, das Leiden beseitigen.

Weiter sind die Schmerzen zu erwähnen. Wenn sie angeboren sind und vererbt, sollen aber auch durch zu kurze Schuhe verursacht werden. Die Gelenke sind dabei nach oben wirklich hervorstehend und werden durch das Oberleder gedrückt, wobei schmerzhaft Schwielen entstehen. Eine kleine Operation kann die Schmerzen beseitigen.



Unterhaltung und Wissen



Der alte Schreiner.

Von Max Dörfl.

Dieser Tage starb Meister Schwung. Er ward weit über achtzig. Sein alles Leben ist wert, den Jungen als Beispiel zu dienen. Ich erzähle es.

Die ersten Jugenderinnerungen. Eine schwarzrotgoldene Weste. Die Frau Vater. Und eine Platte hing an der Wand — des Kindes Stolz und Schrecken, denn mit dieser Platte hatte Vater geschossen. Als das Kind dann ein Jüngling ward — und bei Vatern selber die Schreinerer lernte — da wünschte der Jüngling nichts sehnlicherer, als es Vatern einmal nachzumachen. Daß sich doch das Revolutionsjahr wiederholen möge — noch einmal ein 48 —



über Barrikaden noch einmal die freien Farben wehen sehen — kein schönerer Tod, als für Schwarz-Rot-Gold zu sterben. Vielleicht auch für diese Farben siegreich leben? — Das war der Traum der Lehrlingszeit. — Im Lande aber war es hart, der Plint war mehr Herr als je, freies Volk mußte sich kuscheln — und Vater biß sich in den grauen Bart.

Junge — nun hast du ausgelernt, gehe wandern. Und mit dem Felleisen auf dem Rücken — und einem grünen Tannenbusch an der großen Schirmmütze — so wandert der junge Schreinergefelle durch deutsches Land. Er sieht Tirol, er arbeitet in Wien, in Prag — in Leipzig. Poi, Leipzig! Da piffte dir ein besonderer Wind — da gingen dem jungen Schreinergefellen neue Welten auf — da redet im Volksaal ein Feuerkopf: Lassalle heißt er — heisa und heisa, der junge Schreinergefelle schwiket vor Begeisterung — Blut. Das, wenn sich erfüllen ließe — alles zu einem, was mit den Händen werktätig ist — und dann begleitet sein von klaren Köpfen, von solchen — wie der Mann mit der Feuerzunge — einer ist — hundert Lassalles — und die Welt bekommt ein neues Antlitz.

Das waren Begeisterungen. — Ausblicke in die Stelkt — Sternland würde Menschenland — erdemögliche Paradiese rückten in greifbare Nähe. — Aber das böse Erwachen: Die Waffen und der Mord haben die Oberhand. Der rauhe Sinn ist stärker als der Edelstimm. Kriege mit Dänemark — Bruderkrieg gegen das Bruderkland Österreich — Zweck? Fragt die Fürsten. Und dann die Teufelskrone aller blutigen Kronen — der Kriege der Kriege — gegen Frankreich. Es hilft nichts — der Schreinergefelle Schwung muß mit — Vater hatte zwar geschrieben — rücke aus, nach Holland — aber in Dortmund packt den Schwung der preußische Kommissar: „Nun, müssen wir alle marschieren —“, wie sie jangen, die Kameraden, der Lassalleaner sang nicht mit. Mit seiner Plinte hätte er seinen Obristen erschließen mögen — er da von der „niederträchtigen Welschenbrut“ fafelte — die man „überkronen“ müsse.

Wie kam das — du Schreinergefelle — du bist in Köllen am Rhein, du sollst nach Frankreich — und Franzosen tolschießen — und jetzt? Du hast eine rabenschwarze, zerschlossene Uniform an — und eine Mütze ohne Kolarde trägst du — und du schiebst einen Schubkarren voll Steine und Erde — du wiffst Wälle auf — zu Köllen am Rhein — und neben



du steht der bunte Volkssoldat mit geladener Waffe. — Ach so, du würdest degradiert, du bist Zwangsoldat. Soldat 2. Klasse — ohne Kolarde. Ein „vaterlandsloser Gefelle“, der keine Franzosen tolschießen wollte. Trari-trara! Heil! Sieg! Frankreich liegt zerschmettert. — Junter Bismarck gründet ein Fürsten-Deutschland auf Blut und Eisen — wie lange wird dieses Ungeheim leben? — Es wird an sich selber sterben.

Alles endet — auch die Zwangsjacht. Schreiner Schwung junior ist frei. Aus den Ketten des bösen Militarismus entlassen. Der alte Vater schreibt: Junge, gehe du ins Ausland — deine Mutter ist gestorben, nimm ihr Ermern als deinen Segen mit dir.

Und Schreiner Schwung sieht das Land Italia. Er ist in Mailand und in Rom — dort findet er Freunde — soziale Gedanken gehen bereits überall. Bars — Arbeit — Berufswandtschaft zu den geheimen Kommanden. Und in Venedig fühlt er die fruchtbare Nähe von Marx und Engels.

Da kommt ein Brief aus der Heimat, die verheiratete Schwester schreibt: „Bruder, Vater läßt dich grüßen, sein

letztes Wort an dich! Junge, bleibe treu. Dann war er tot. Nimm du, das Geschäft zu übernehmen.“ — So schrieb die Schwester — und wie sie forderte, so tat Schwung.

Der neue Meister ist da, der junge Schwung, ein tüchtiger Kerl, das sagt die ganze Stadt — der hat draußen in der Welt was gelernt, solche Möbel — so schön und fest — solche Möbel sah die Stadt noch nie. Viele Aufträge — der neue Schreinermeister schafft mit acht Gesellen. Pötzlich aber plakte die Bombe — es gab Wahlzeiten — und der viel-gesuchte Schreinermeister Schwung — ist denn das überhaupt zu glauben, der entpuppe sich als einer von den Noten, ein vaterlandsloser —, Meidet ihn, ächtet ihn. Er geht gar als Redner hinaus, und er muß ins Loch, Sozialisten dürfen nicht ungestraft die Majestät des angestammten edlen Herrscherhauses beleidigen. Um so härter die Bestrafung — als wir, Gott sei Dank, noch das nützliche Sozialistengesetz —

Aber auch dieses Schandgesetz ging in die Brüche wie alles Böse und Vergewaltigende.

Das Lied der Arbeit.

Das Lied der Arbeit trägt in sich den Klang,
Der Menschen um sich eint zu frohem Werke,
In ihm erfüllt, ruht ihres Schaffens Stätte,
Ausblühend braust des Alltags Feiersang.

Des Lebens Wert mißt man nach seinem Werte,
Dies nur entscheidet über Spott und Dant,
Hast Arbeitsfreude du dein Leben lang,
Erkennst du auch im Schaffen deine Stätte.

Adolf Scheer.

Die Jahre kriegen die Wicht. Wieder ein Krieg. Der große Geldkrieg. Vater Schwung zieht sich in sein eigenes grollendes Herz zurück. Seine Schreinerer nährt ihn kaum — bei der Bourgeoisie ist er geachtet. Vater Schwung ward alt und trumm. — Einmal aber noch brannte er auf wie eine Flamme: Revolution! Da war der Schreiner Schwung dabei, von der Altane des Rathauses her hielt er eine Feuerrede, wie er sie einst von Lassalle in Leipzig gehört hatte, vor 55 Jahren.

Nun weht Schwarz-Rot-Gold vom Dache des Reiches. Und das Rot in der Reichsflagge wächst und wächst. Nun kann der alte Schreinermeister getrost sterben — seine Augen haben die Freiheit gesehen. — Hinterher wußte er aber — daß es nur eine halbe Freiheit war — und grollend zog er sich wieder in sich selbst zurück. „Das ist noch lang, die Freiheit nicht.“



Urvater Schwung schreinerer sich so langsam zu Grabe hin. Immer noch ist er an der Werkbank tätig — kleine Reparaturarbeiten kann er noch machen, trotz der zitternden Hände. Dann aber kam Freund Lektierer, und er sagte: „Peter, leg den Hobel hin, wir beide wandern!“ — Urvater Schwung starb leicht, er war weit über achtzig. Sein Körperliches wurde verbrannt, die Urne mit seiner Asche steht im Friedhof bei anderen Urnen — davor setzten ihn seine Freunde einen Buschen weiskrofig blühender Schneerosen. Der Februarwind schaukelt diese Blüten leise hin und her — droben im kahlen Eschenbaum murmelt der Wind: „Dieser da unten, der blieb allezeit treu!“ — Und auch wir ändern wollen sein und bleiben wie der alte Schreiner Schwung. Seine Seele leuchtet nachts aus den Sternen.

Wer entdeckte Amerika?

Immer wurde uns gelehrt, daß Amerika von Kolumbus entdeckt wurde, der 1492 seine erste Reise über den Ozean unternahm. Doch ist es schon lange bekannt, daß Grönland im neunten und zehnten Jahrhundert von isländischen Seefahrern besiedelt wurde, und daß Isländer auch Labrador und Neufundland besuchten.

Jetzt wird berichtet, daß ein norwegischer Gelehrter eine Inschrift auf einem Lavablock bei Spelane im Staate Washington untersucht hat, von deren Existenz man zwar schon lange wußte, die man aber immer den Indianern zugeschrieben hatte. Er fand heraus, daß es keine indianischen Zeichen, sondern nordische Runen sind und die Beschreibung einer Schlacht zwischen Wikingern und Indianern im Jahre 1010 enthalten. Es gibt eine alte Sage von Pief dem Glücklichen, in der diese Kämpfe geschildert werden.

Damit scheint der historische Hintergrund zu dieser Sage gefunden zu sein. Und diese Kämpfe fanden statt, vierhundert Jahre, ehe Kolumbus geboren war.

Züchtung, die Rettung der Landwirtschaft.

Schon im Altertum bemühte man sich, die Erträge der Landwirtschaft durch systematische Züchtung von Pflanzen und Tieren zu heben, aber erst den Vercerbungsforschern der letzten Jahrzehnte ist es vorbehalten geblieben, ausgehend von den Mendelschen Lehren, Erfolge zu erzielen, die, wie F. v. Lochow (Petkus) zeigt, von großer Bedeutung für die Weltwirtschaft geworden sind. So beschäftigte sich Dr. Pröger seit 1912 in Uruguay mit Züchtungsversuchen und konnte dort den Weizenantrag auf das Doppelte erhöhen, in Argentinien den Ausfuhrüberschuß um 30 Prozent steigern, auch war die Qualität des Weizens ausgezeichnet. Die frühesten Erfolge wurden bei der Zuckerrübe erzielt, deren Zuckergehalt ursprünglich 8 1/2 Prozent, jetzt bis zu 25 Prozent beträgt. Heute stammen in Deutschland 85 Prozent des Roggens von der Petkuffer Zucht her; sein Mehretrag gegenüber der nächsten besten Sorte ist 150 Millionen Mark jährlich. Für Schweden wurde durch Züchtung einer winterfesten Weizensorte die Anbaufläche um 100 Kilometer nach Norden verschoben. In Amerika hat der „Hunderttag-Weizen“ die Ernte verdoppelt, der Säfer verlor durch Kreuzung den bitteren Geschmack, der Roggen wurde so auf eine im Stroh kurze, steifhalmige Sorte umgezüchtet, daß er mit der Bindemähmaschine gemäht werden konnte. Die Reinzüchtung seit 1917 ließ die jährliche Einfuhr von Weizen aus Russland auf den zehnten Teil sinken, für die Förderung des Baumwollbaus in Ägypten und Kleinasien wurden besondere Züchtungsanstalten errichtet. Bei der Züchtung von Futtergräsern steht man noch am Anfang der Entwicklung, doch wurden bereits Ertragssteigerungen von 200 Prozent an Eiweiß und Stärke erzielt.

Ähnliche Erfolge wurden bei der Viehzucht erzielt. Durch geeignete Auswahl der Zuchtstiere erhielt man Milchkuhe, die jährlich bis 10 000 Liter, in Amerika solche, die 16 000 Liter Milch liefern und ihr eigenes Körpergewicht an Futter produzieren. So könnte man, wie in der „Zeitschrift für angewandte Chemie“ dargelegt wird, für Deutschland die Buttereinfuhr überflüssig machen, die Einfuhr von Fleisch und Fett, die jährlich einen Wert von 378 Millionen Mark hat, stark vermindern. Die Einfuhr an Mehl führt jährlich 1,5 Milliarden Mark ins Ausland; durch eine Ertragssteigerung um 40 Prozent, wie sie in Petkus bei Getreide erzielt wurde, käme die Mehleinfuhr in Wegfall, durch Züchtung eines auf leichtem Boden gedeihenden Weizens könnte seine Anbaufläche in Deutschland um 50 Prozent erhöht werden, freilich auf Kosten des Säfers, der aber durch die Abnahme der Pferdezahl an Bedeutung verloren hat. Doch würde auch dann der Besitzer des leichten Bodens gegenüber den Weltmarktpreisen konkurrenzunfähig sein, er braucht zur Durchführung der obengenannten Pläne billiges Leihkapital zur Intensivierung, Nationalisierung und Meliorierung der Betriebe.

Drei Minuten Sagen.

Wirksame Behandlung. Der Gutsbesitzer Kruse-mann war bekannt wegen seiner Pferdezeit, und man bewunderte, daß er immer so gesunde und kräftige Pferde hatte. Ein Nachbar wollte hinter sein Geheimnis kommen und horchte daher den Sohn des Gutsbesitzers aus. „Wenn eins von den Pferden deines Vaters krank ist, was machst er denn dann?“ fragte er den Jungen. „Bloß ein bißchen krank oder sehr krank?“ fragte dieser. „Natürlich richtig krank. Was ist denn dabei für ein Unterschied?“ „Ein großer“, lautete die Antwort. „Wenn das Pferd ein bißchen krank ist, gibt er ihm Medizin, aber wenn es sehr krank ist, verkauft er es.“

Witzverständnis. Der Bauerntöffel, der zum erstenmal in der großen Stadt ist, sieht einen prachtvoll gefärbten Papageien an einem Fenster. Er klettert hinauf, um ihn zu fangen. Der Papagei sieht ihn scharf an und sagt: „Was wünschen Sie?“ Töffel zieht erstaunt seine Mütze und stottert: „Verzeihen Sie, mein Herr, ich dachte, Sie wären ein Vogel.“

Richtig. „Morgenstunde hat Gold im Munde!“ belehrte der pädagogisch veranlagte Onkel den Neffen. „Kennst du die Geschichte von dem Jungen, der früh aufstand und den Louisdor fand?“ „Aber der, der ihn verloren hatte, ist noch früher aufgestanden“, triumphierte der Kleine.

Ein tüchtiger Zauberer. „Das war der beste Zauberer, den ich jemals im Variete gesehen habe. Aber wie so denn? Er machte doch die ältesten Kunststücke.“ „Sawohl, aber ich gab ihm für seinen Trick eine falsche Zehnmarknote, und er gab mir eine echte zurück.“

Alltägliches. „Was ist denn los?“ fragt Johnson einen befreundeten Arzt, dem er auf der Straße begegnet. „Du siehst ja jämmerlich aus.“ „Kunststück!“ antwortet der Arzt. „Man könnte aus der Haut fahren. Da habe ich nun zwei Jahre lang einen Patienten auf Gelbfieber behandelt, und jetzt stellt sich heraus, daß der Keim ein Chinoid ist.“

